

Heberer, Thomas; Sausmikat, Nora

**Working Paper**

## Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus?

Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 61/2004

**Provided in Cooperation with:**

University of Duisburg-Essen, Institute of East Asian Studies IN-EAST

*Suggested Citation:* Heberer, Thomas; Sausmikat, Nora (2004) : Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus?, Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 61/2004, University of Duisburg-Essen, Institute of East Asian Studies (IN-EAST), Duisburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41016>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**DUISBURGER ARBEITSPAPIERE OSTASIENWISSENSCHAFTEN**  
**DUISBURG WORKING PAPERS ON EAST ASIAN STUDIES**

No. 61/2004

**Bilden sich in China Strukturen  
einer Zivilgesellschaft heraus?**

**Thomas Heberer, Nora Sausmikat**

**Institut für Ostasienwissenschaften (Institute of East Asian Studies)**

**Universität Duisburg-Essen/ Campus Duisburg**

**D-47048 Duisburg, Germany**

**Tel.: +49-203-379-4191**

**Fax: +49-203-379-4157**

**E-Mail: [oawiss@uni-duisburg.de](mailto:oawiss@uni-duisburg.de)**

**© by the authors  
July 2004**



***Title/Titel:***

Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus?

***Autor/Author:***

Thomas Heberer  
Nora Sausmikat

***Series/Reihe:***

Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 61  
Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, Nr. 61

***Abstract/Zusammenfassung:***

This paper analyzes the question whether or not in China structures of a civil society are emerging. It addresses the increasing separation of state and society, the society's differentiation, growing social and spatial disparities, the turn of the CCP from a class towards a people's party, the arising of new interest groups and interest organizations, of issue groups, NGOs, GONGOS and think tanks, developing grassroots elections in rural and urban areas and the political role of the Internet. It concludes that the application of the term „civil society“ in this case is highly problematic as citizens in Western terms and the necessary preconditions like an enterprise culture, a civic culture, a discursive culture and an everyday culture are just emerging.

***Keywords:***

civil society, civil organizations, state and society

***Procurement/Bezug:***

You may download this paper as a PDF Adobe Reader document under / Als Download ist das Papier zu beziehen als PDF Adobe Reader Dokument unter:

<http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/download/doc/paper61.pdf>

Libraries, and in exceptional cases, individuals may order hard copies of the paper free of charge at/ Bibliotheken, und in Ausnahmefällen auch Privatpersonen, können das gedruckte Papier kostenfrei bestellen bei der

Universität Duisburg-Essen  
Standort Duisburg  
Institut für Ostasienwissenschaften, Geschäftsstelle  
47048 Duisburg



## **Inhalt**

Einleitung .....	1
1. Stärkere Trennung Staat-Gesellschaft durch Reformprozesse .....	4
1.1 Differenzierung der Gesellschaft .....	5
1.2 Anwachsen sozialer und regionaler Disparitäten .....	5
1.3 Die KPCh: von der Klassen- zur Volkspartei .....	6
2. Neue Interessengruppen und -organisationen .....	7
2.1 Vereinigungen und Verbände .....	9
2.2 Issue-Groups, NGOs und GONGOs .....	14
2.3 Der Charakter von NGOs .....	17
2.4 Fallbeispiele .....	19
3. Politische Dienstleister, Berater und Aufklärer .....	23
4. Selbstverwaltung - Wahlen auf der Basisebene .....	28
4.1 Wahlen und Citizenship .....	34
5. Internet und Zivilgesellschaft .....	35
6. Fazit: Entstehung einer chinesischen Zivilgesellschaft? .....	38
Literatur .....	39



## Einleitung

Die Begriffe „Zivilgesellschaft“ sowie „Civil Society“ wurden vor allem durch osteuropäische Intellektuelle in den frühen 1980er Jahren aufgegriffen und seither weitläufig rezipiert. Heute stellen sie Sammelbegriffe für heterogene Konzepte und Definitionen dar, die je nach Disziplin (Politikwissenschaft, Ethnologie, Regionalwissenschaften) unterschiedliche Schwerpunkte setzen.<sup>1</sup> Anders als z.B. in der Begriffserfassung durch den schottischen Intellektuellen der Aufklärung Ferguson, der den Schwerpunkt seiner Auseinandersetzung mit individuellen und kollektiven Akteuren auf die moralische Gemeinschaft legte, hat sich die auf Hegel zurückgehende Vorstellung einer Dichotomie zwischen Staat und Gesellschaft durchgesetzt.<sup>2</sup> Der Begriff der Zivilgesellschaft bezieht sich demzufolge auf vom Staat unabhängige Teile der Gesellschaft, d.h. auf eine Vielfalt „autonomer, öffentlicher Schauplätze“.<sup>3</sup> Letztlich bedarf es Institutionen, die die Unabhängigkeit vom Staat (bzw. einer herrschenden Partei) und damit das Wirken der *Civil Society* garantieren (Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, Pressefreiheit, Organisations- und Versammlungsfreiheit etc.). Doch es sind nicht nur vom Staat unabhängige wirtschaftliche, politische, religiöse und intellektuelle Einheiten, die Teil der Zivilgesellschaft sind. Unter Bedingungen eines autoritären sozialistischen Systems könnte bereits die Absicherung der Rechte der Bürger und ihres Eigentums als Teil einer solchen *Civil Society* begriffen werden. Bezogen auf solche Länder meint der Begriff zunächst einfach die Herausbildung einer vom Staat unabhängigen Marktwirtschaft sowie die Möglichkeit politischer Partizipation der Bevölkerung.

Was den Bezug des im westlichen Kontext entstandenen Konzepts der *Civil Society* auf die VR China anbelangt, so erscheint es fraglich, ob es überhaupt übertragbar ist. Die europäische Civitas wurde einerseits durch Römisches Recht, Aufklärung, Französische Revolution u.a. geprägt. Andererseits setzt *Civil Society* einen Wandel von Clan- und Familieninteressen hin zu Gesellschaftsinteressen sowie einen Lernprozess voraus, der die Verantwortung und Mitverantwortung freier Bürger stimuliert. Hiervon ist China noch weit entfernt, auch wenn eine soziale Ausdifferenzierung und Neuformierung von Interessen und Interessenvertretungen

---

<sup>1</sup> Siehe zu sozialanthropologischen Überlegungen Hann/Dunn 1996; zu politikwissenschaftlichen Forschungen O'Donnel/Schmitter/Whitehead 1986; Cohen/Arato 1992; Gellner 1994; Merkel/Lauth 1997; zu chinaspezifischen Untersuchungen vgl. u.a. Brook/Frolic 1997; White 1993. Ein knapper Überblick über die chinesische Diskussion findet sich in Sausmikat 2003, über die Begriffsgeschichte Schade 2002.

<sup>2</sup> Vgl.: Hann 1996: 5.

<sup>3</sup> Eisenstadt 1992: IX.



stattfindet. Von daher geht es u.E. eher um Momente der Herausbildung ziviler Strukturen und Denkmodelle.

Die Debatte um eine „chinesische“ Form der Zivilgesellschaft wird seit einigen Jahren auch in China geführt. Der seit 1997 wiederbelebte Diskurs um die Schaffung einer *Civil Society*<sup>4</sup> impliziert den Schutz von Interessen- und Minderheitengruppen, ein unabhängiges Rechtssystem, Zugang zu unabhängiger Information, das Recht zur Gründung von Vereinigungen und Organisationen, und vor allem Presse- und Meinungsfreiheit. *Civil Society*-Protagonisten argumentieren, dass mit der entstehenden Mittelschicht die demokratischen Kräfte in der Gesellschaft gestärkt würden.<sup>5</sup> Dieses Argument wurde von ehemals in der 1989er Bewegung aktiven Intellektuellen mit dem Gegenargument zurückgewiesen, dass die Entstehung einer Mittelschicht Folge einer Demokratisierung sein müsse, da in einer totalitären Gesellschaft keine pro-demokratische Mittelschicht entstehen könne.<sup>6</sup> Wenn chinesische Wissenschaftler Messinstrumente für die Entstehung einer *Civil Society* benennen wollen, dann arbeiten sie, ähnlich wie in Südkorea, allerdings eher mit dem englischen Begriff „Civil Society Organizations“. Solche Organisationen werden gefasst als soziale Wohlfahrtsorganisationen, die in Kooperation mit dem Staat die Aufgaben einer sich modernisierenden Gesellschaft gemeinsam bewältigen. Diese Konzeption hat sich weit entfernt von dem Konzept der „bürgerlichen Gesellschaft“ im Sinne Habermas', die als Grundlage Öffentlichkeit (*public sphere*) idealtypisch als „sozialen Raum“ definiert, in dem sich öffentliche Meinung frei von autoritären Eingriffen artikulieren kann.<sup>7</sup> Aber die Verkürzung des komplexen Begriffs wurde ja schon in den anglo-amerikanischen Ansätzen zur *Civil Society* mit der Intention verfolgt, die gesellschaftliche Transformation kommunistischer oder postkommunistischer Staaten mit einer bürgerlichen Ideologie zu unterlegen. Die sich etablierende „Öffentlichkeit“ in diesen Staaten ist also nicht mehr zwangsläufig an die enge Habermas'sche Definition einer „bürgerlichen Gesellschaft“ (des europäischen 17./18. Jh.) gebunden. Auf diese Weise können dann z.B. Ahnentempel oder Clanorganisationen als *Civil Society Organizations* definiert werden,<sup>8</sup> denn sie scheinen für eine organisierte Öffentlichkeit zu stehen, die auf einer anerkannten dörflichen Elite, welche sich für das Gemeinwohl einsetzt, beruht und die sich ein gewisses Maß an Autonomie erobern konnte.<sup>9</sup> Autonomie heißt hier aber nicht gleichzeitig kritische

---

<sup>4</sup> Eine sehr ausführliche Literaturstudie zum *Civil Society*-Diskurs vor 1997 findet sich in He 1997 und He 1996: 175-187 und 200-204.

<sup>5</sup> Eine Übersicht über diese Diskurse findet sich in Przeworski/Limongi 1997: 155-183 und He 1997: 50.

<sup>6</sup> Vgl. Ding Ding 2000: 113 und 191.

<sup>7</sup> Habermas 1984: 52.

<sup>8</sup> Z.B. Yu 2003.

<sup>9</sup> Rowe 1990: 19.

oder den Staat kontrollierende Öffentlichkeit. Amerikanische Chinawissenschaftler und chinesischstämmige Amerikaner verbinden mit dem Begriff *Civil Society* einen Wandel von einem totalitär geprägten Beziehungsgefüge Staat – Gesellschaft hin zu einer sich pluralisierenden und diversifizierenden Gesellschaft, die nicht zwangsläufig gegen den Staat opponiert, aber autonome Räume erkämpft.<sup>10</sup> China nimmt teil an einem globalen Veränderungsprozess, in dem Regierungen den Wohlfahrtsstaat zurückfahren. Manche chinesische Wissenschaftler lehnen daher die Konzeption einer *Civil Society* als Instanz der Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft ab und plädieren für ein kooperatives Modell der Partnerschaft. Letztendlich beziehen sich die chinesischen Arbeiten zu *Civil Society* auf eine „Öffentlichkeit“, die mit den staatlichen Instanzen gemeinsam Konzepte zur Organisation der entstehenden Interessengruppen erarbeitet. Konsequenterweise legt z.B. Yu Keping einen Begriff zugrunde, der Sozialmanagement, öffentliche Verwaltung und wirtschaftliche Interessenorganisationen als Basis der *Civil Society* in China formuliert.<sup>11</sup>

Auch der polnische Soziologe Piotr Sztompka stellt in seiner Auseinandersetzung mit dem Begriff der Zivilgesellschaft weniger die Frage einer Trennung von Staat und Gesellschaft in den Vordergrund als vielmehr die Frage, welche Voraussetzungen für eine Zivilgesellschaft in postsozialistischen Gesellschaften überhaupt erforderlich sind. Er stellte vier Kategorien auf, derer es bedarf, um „civilizational competence“ und damit die Voraussetzungen für eine moderne Gesellschaft der *Civil Society* zu erlangen:

einer *Unternehmenskultur* als Voraussetzung für Teilnahme an der Marktwirtschaft;

einer *Bürgerkultur* (*civic culture*) als Vorbedingung für Partizipation an einer demokratischen Ordnung;

einer *Diskurskultur* (*discursive culture*) als Voraussetzung für eine Teilnahme an freier geistiger Auseinandersetzung und

einer *Alltagskultur* (*everyday culture*) als Vorbedingung für die tagtägliche Interaktion in einer modernen Gesellschaft.<sup>12</sup>

Existieren solche Voraussetzungen nicht bzw. bilden sie sich nicht heraus, dann kann von einer Zivilgesellschaft nicht gesprochen werden.

---

<sup>10</sup> Zhao 2000: 9, Ding Yijiang 2000: 132.

<sup>11</sup> Yu 2003.

Unser Beitrag greift diese Beobachtung auf und analysiert ausgewählte Politikfelder, an Hand derer gezeigt werden soll, ob sich eine solche politische Kultur in der VR China herauszubilden beginnt.

Zu Beginn des Aufsatzes befassen wir uns zunächst mit Fragen der sich wandelnden Rolle des Staates in China und einer stärkeren Emanzipation gesellschaftlicher Kräfte. Wir gehen sodann auf Aspekte des Vereins- und Verbändewesens, auf das Beispiel der Interessenverfolgung von Unternehmern (als Teilaspekt einer politischen Unternehmenskultur) sowie der Entstehung von *Issue-Groups* und NGOs ein (Frage nach der Entstehung einer Bürger- und Alltagskultur). Schließlich untersuchen wir den Aspekt politischer Diskurse und die Rolle von Intellektuellen und Ideen in Politikprozessen (Frage nach der Diskurskultur). Daran anschließend gehen wir auf die Frage der Selbstverwaltung sowie die Funktion von Wahlen auf der Basisebene ein. Abschließend befassen wir uns mit der Frage des Internets und virtueller Gemeinschaften. Zum Schluss werden wir auf die Frage zurückkommen, ob vom Entstehen einer Zivilgesellschaft in China gesprochen werden kann.

## **1. Stärkere Trennung Staat-Gesellschaft durch Reformprozesse**

Die erste Voraussetzung zivilgesellschaftlicher Prozesse besteht in der Herausbildung von Aktionsräumen außerhalb der staatlichen Organisation und dem Anwachsen gesellschaftlicher Kräfte. Der Reformprozess hat hier entscheidende Impulse in Gang gesetzt. Die Rückkehr zu familiärer Bewirtschaftung im ländlichen Raum ab 1979 und der damit verbundene Rückzug staatlicher Organisationseinheiten aus den Dörfern war der erste Schritt zur Stärkung gesellschaftlicher Kräfte. Der Verlust an staatlicher Steuerungsfähigkeit im Zuge der Kulturrevolution (1966-76) führte in den 1970er Jahren zu einer Wirtschaftskrise, gekennzeichnet durch eine deutliche Verschlechterung der Versorgungslage mit Agrargütern und Gütern des täglichen Bedarfs. Zunächst in Armutgebieten, dann aber in weiten Teilen des Landes kehrte die Landbevölkerung in den 70er Jahren spontan zur Bewirtschaftung des Bodens auf Familienbasis zurück. Als die politische Führung erkannte, dass die familiäre Bewirtschaftung nicht nur als Stimulus zur Ertragssteigerung wirkte, sondern diese Steigerungen auch relativ rasch zu einer Verbesserung der Versorgungslage in den Städten führten, etablierte sie dieses „Programm“ landesweit als „Landwirtschaftsreform“.

---

<sup>12</sup> Sztompka 1993: 88f.

## 1.1 Differenzierung der Gesellschaft

Die Rückkehr zur Familienbewirtschaftung hatte aber noch weitere Effekte. Nun, wo die kollektive Arbeitsorganisation aufgehoben war, zeigte sich, dass die familiäre Bewirtschaftung nicht mehr so viele Arbeitskräfte benötigte. Im Agrarsektor wurde eine große Zahl von Arbeitskräften freigesetzt, die keinen Zugang zum alternativen Sektor der Staatsbetriebe hatten. *Self-employment*, d.h. eine Tätigkeit als selbständiger Händler oder Handwerker bildete den einzigen Ausweg. Die große Zahl von schätzungsweise 150-200 Mio. überschüssigen Arbeitskräften, die auf dem Land keine Arbeit finden konnten, drängten in die berufliche Selbständigkeit und zugleich in den urbanen Raum hinein. Ländliche Handwerker, Händler und Wanderarbeiter füllten das Vakuum an Dienstleistungen und billigen Arbeitskräften in den Städten. Sie bildeten zugleich den Kern für die Entstehung und rasche Entwicklung eines privaten Wirtschaftssektors, der in den 1980er Jahren schließlich von der politischen Führung akzeptiert wurde und die Basis für marktwirtschaftliche Strukturen darstellte. Mit über 90% aller Unternehmen und ca. 50% aller Beschäftigten ist dieser Sektor heute der dynamischste Wirtschaftssektor und trägt maßgeblich zu den hohen Wachstumsraten Chinas bei.

Diese Entwicklung führte zum Entstehen einer Klein- und Großunternehmerschaft, die nicht nur wirtschaftlich, sondern zunehmend auch politisch aktiv wurde. Der XVI. Parteitag Ende 2002 gewährte Privatunternehmern schließlich Zugang zur Kommunistischen Partei.<sup>13</sup>

Doch nicht nur die Landbevölkerung und die Selbständigen differenzierten sich. Die rasche Wirtschaftsentwicklung und die Einbindung in den Weltmarkt förderten die Entstehung von *Professionals* und damit einer wichtigen Gruppe der städtischen Mittelschichten. Die Rolle von technisch und akademisch Gebildeten in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nahm signifikant zu.

## 1.2 Anwachsen sozialer und regionaler Disparitäten

Die Differenzierung der Gesellschaft brachte jedoch auch neue Gruppen von Verlierern der Reform hervor. Es entstanden Wohlstandsgefälle, regionale Disparitäten und die auch in anderen Transformationsländern zu beobachtende Revitalisierung der Schattenmärkte. Zu diesen Schattenmärkten gehören auch der Prostitutionsmarkt sowie der sich im ländlichen Raum

ausbreitende Mädchenhandel. Der Gini-Koeffizient, das Maß für Einkommensungleichheiten, hat mittlerweile die als kritische Grenze festgesetzte Marge von 0,4 überschritten.<sup>14</sup> Städtische sowie ländliche Armut nehmen zu. Vor allem in den nördlichen Schwerindustriezentren mehrten sich die Arbeiterproteste. Aber auch in den traditionellen Agrarzentren in Zentral- und Westchina protestierte die Landbevölkerung gegen steigende Abgaben und forderte politisches Mitspracherecht.<sup>15</sup> Gleichzeitig wirkte sich das Bekenntnis des Parlaments, des Nationalen Volkskongresses (NVK), im März 1999 zum „sozialistischen Rechtsstaat“ positiv auf die Thematisierung und Einforderung von Schutzrechten und damit auf die Herausbildung eines Rechtsbewusstseins aus. Die komplexen Beziehungen Staat-Gesellschaft konnten nicht mehr mit Hilfe einfacher politischer Richtlinien gesteuert werden, sondern verlangten Kontinuität und Rechtssicherheit. Von daher bemühte sich die politische Führung um die Absicherung von Rechten und die Verrechtlichung der gesellschaftlichen Beziehungen. Die Bereitschaft der Regierung, sich u.a. von der deutschen Regierung in der Herausbildung rechtsstaatlicher Strukturen beraten zu lassen (sog. Rechtsstaatsdialog), darf zwar nicht darüber hinwegtäuschen, dass bisherige Rechtsreformen weniger die Stärkung der Rechte der Bevölkerung als vielmehr die der Autorität des Staates verfolgen. Dennoch hat sich, wie wir später zeigen werden, auf der Grundlage der öffentlich diskutierten Rechtsreformen ein neues Rechtsbewusstsein herausgebildet, was dazu führt, Konflikte vermehrt über den Rechtsweg zu lösen. Zwar sind unabhängige Gewerkschaften weiterhin illegal, dennoch kommt es verstärkt zur Gründung von Verbänden von Rechtsanwälten, Bürgerinteressengruppen und Konsumentenschutzorganisationen.

### 1.3 Die KPCh: von der Klassen- zur Volkspartei

Zunehmend war die Kommunistische Partei nicht mehr in der Lage, die Ausdifferenzierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesse zu steuern. Die zunehmende Komplexität dieser Prozesse führte zur Aufgabe der Planwirtschaft zugunsten der Marktwirtschaft. Die Intervention des Staates in die Wirtschaft verringerte sich gleichzeitig. Der *party-state* konzentrierte sich mehr und mehr auf die Kontrolle und Steuerung der ökonomischen und politischen Rah-

<sup>13</sup> Dazu Dickson 2003 und Heberer 2003a.

<sup>14</sup> Das Blaubuch für die chinesische Gesellschaft konstatiert für 2002 einen GINI-Koeffizienten von 0,45, vgl. Li Peilin 2004: 74, obgleich dieser Wert sehr wahrscheinlich nach oben korrigiert werden muss. Doch auch dieser Wert bedeutet, dass gegenwärtig weniger als ein Fünftel der Bevölkerung mehr als 80% des gesellschaftlichen Reichtums besitzen. Sozialwissenschaftler wie Zhou Jianming (Direktor des Zentrums für Internationale Strategische Studien an der Shanghaier Akademie für Sozialwissenschaften) sprach in einem vom Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Konrad Adenauer-Stiftung organisierten Tagung „Aus der Geschichte Lernen“ am 3.7.04 in Brühl von einem GINI-Koeffizienten von 0,53 für den städtischen Raum. Was den Stadt-Land Vergleich anbelange, so müsse dieser Koeffizient noch wesentlich höher veranschlagt werden.

<sup>15</sup> Bernstein/Lü 2000: 757-759.

menbedingungen und Makrofelder: tendenzieller Minimal- statt alles kontrollierender Maximalstaat. Das Entstehen neuer gesellschaftlicher Gruppen und Interessen verlangte zugleich Organisationen und Verbände, denn der Staat galt ja als Interessen ausgleichende Institution und die Partei vermochte die Interessen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte nicht mehr monopolartig zu vertreten. Zwar wandelte sich die Partei mit ihrer These von den „3 Vertretungen“ (Vertretung des gesamten chinesischen Volkes, der fortgeschrittenen Produktivkräfte und der fortgeschrittenen Kultur Chinas) von einer Arbeiter- und Bauern-, d.h. von einer Klassenpartei zu einer Volkspartei. Aber die konkrete Interessenvertretung überließ sie einer Fülle von beruflichen, fachlichen und sozialen Vereinen und Verbänden. Unabhängigkeit dieser Organisationen war nicht intendiert, die Partei sollte nach wie vor die alleinige Führung innehaben, aber der Rahmen von Verhandlungs- und Aushandlungsprozessen zwischen Staat und Gesellschaft wurde dadurch beträchtlich ausgeweitet.

## **2. Neue Interessengruppen und -organisationen**

Gesellschaftliche Interessenorganisationen, d.h. Vereinigungen zu organisierter Artikulierung, aber auch zur Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen von Teilgruppen der Gesellschaft, gelten als wichtige Faktoren zivilgesellschaftlicher Prozesse. Im Interesse ihrer Mitglieder bemühen sie sich um Interessenartikulation und damit um Einflussnahme gegenüber der Gesellschaft und der politischen Administration. Dies muss als politischer Prozess begriffen werden, auch wenn er zunächst - wie in China - etwa über Berufsvereinigungen erfolgt. Demokratisierungstheoretiker wie Larry Diamond<sup>16</sup> haben darauf hingewiesen, dass die Organisation eines breiten Spektrums von Interessen eine wichtige Grundlage für demokratischen Wettbewerb bildet. Funktionelle Organisationen wie Unternehmer- und Produzenten-, Berufsgruppen- oder Bauernvereinigungen sind durchaus in der Lage, Interessen zu artikulieren. Sie tragen bei zur Pluralisierung von Ideen und Bewertungen und fördern auf diese Weise die Entfaltung pluralistischen Denkens.

Vereine, von autoritären Regimen häufig als Bedrohung empfunden, haben keineswegs nur destabilisierende Wirkung, sondern tragen bei zur Ordnung der Gesellschaft und zur Regulierung von Konflikten zwischen Staat und den verschiedenen sozialen Gruppen. Im westlichen Kontext wird den Interessengruppen eine offene, formelle mit- und einwirkende Rolle auf Politik und Öffentlichkeit zugewiesen. Eine solche Begriffsbestimmung ist, auf China bezo-

gen, problematisch, weil sie weder den Abläufen im politischen System noch der politischen Kultur gerecht wird. Die beiden japanischen Entwicklungstheoretiker Shigetomi und Otsuka (2002) verwiesen auf die Verwurzelung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Patron-Client-Netzwerken wie den Clan- und Verwandtschaftsbeziehungen. Vereine und Verbände übernehmen in solch einer Kultur die Aufgabe der Ressourcenverteilung, wenn staatliche Institutionen dem wachsendem Bedarf nicht mehr gerecht werden könnten. Würden sich die Interessenverbände in China als *pressure groups* gegenüber dem Staat betätigen, die unabhängigen Interessen zur Durchsetzung verhelfen wollen, so würden sie entweder nicht zugelassen oder verboten werden. Nicht Druck auf den Staat, sondern Konsens und Konsultation, wobei Zugeständnisse beider Seiten möglich sind, bilden den Rahmen, innerhalb dessen Interessengruppen in China sich derzeit bewegen können. Die für Interessengruppen im westlichen theoretischen Kontext so wichtige Autonomie und Willensbildung existieren in China bislang nicht. Daher kommen westliche Wissenschaftler immer wieder zu der Schlussfolgerung, fehlende Unabhängigkeit vom Staat bedeute, dass von Interessengruppen nicht gesprochen werden könne.

Im chinesischen Kontext bedeutet für uns der Begriff Interessengruppe eine organisierte Vereinigung, die durch formelle oder informelle Einwirkung auf politische Entscheidungsträger gesellschaftliche Interessen in politische Entscheidungsprozesse einbringt und auf diese Weise politischen *Output* beeinflusst. Einwirkung bezieht sich hier u.a. auf Diskussions- und Konsultationsprozesse, Public-Relations-Maßnahmen, Nutzung oder Bildung von sozialen Beziehungen (Chin.: *Guanxi*), bis hin zu gewaltlosem Widerstand, Korruption und Bestechung.

In einer sich differenzierenden Gesellschaft kann eine Partei allein nicht alle wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftspolitischen Fragen aufwerfen und lösen. Sie muss sich in ihren Entscheidungen zunehmend auf Gruppen einstellen und verlassen, die partikulare Ziele und Interessen vertreten. Dies bedeutet jedoch noch nicht, dass die Partei unter direkten Druck von *pressure groups* gerät.

Wie oben dargelegt, hat die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Schichten und Akteure in China zur Entstehung neuer sozialer Gruppen geführt. Neue Gruppeninteressen drängten zur Bildung von funktionsfähigen Berufsverbänden bzw. Interessenvertretungsorganisationen.

---

<sup>16</sup> Diamond 1997 und Schmitter 1997.

Ein Spezifikum dieser Entwicklung ist, dass die Mehrheit solcher Vereinigungen zunächst auf dem Lande entstand. Ein wesentlicher Grund dafür war, dass es für die Landbevölkerung jahrzehntelang keine organisatorischen Kanäle für die Artikulation von Interessen und damit zur Kanalisierung von Konflikten gegeben hat. Durch Zerschlagung traditioneller Dorfgenerationen (wie der Clans) und die Einbindung in kollektive Strukturen (Produktionsgruppen, -brigaden und Volkskommunen) versuchte die Partei ab den 1950er Jahren die Interessen der Bauernschaft auf ihr Entwicklungskonzept sowie auf die Interessen eines weitgehend abstrakten „Kollektivs“ zu reduzieren. Wo die Organisierung von gesellschaftlichen Interessen verboten ist, dort können sich Bedürfnisse und Forderungen von Gruppen nicht artikulieren. Die Folge ist, dass sich Widersprüche und Konflikte in anderer Form ausdrücken: in spontaner Entladung von Unzufriedenheit, Kriminalität, Vandalismus usw.

## 2.1 Vereinigungen und Verbände

Dass die Organisationsinitiative vom ländlichen Raum ausgeht, zeigt sich nicht nur an der Vielzahl unternehmerischer Vereinigungen auf dem Land, sondern auch in der Wiederbelebung traditioneller Organisationen. So bildeten sich auf lokaler Ebene unabhängige oder halbunabhängige Organisationen wie Landsmannschaften, Clans, religiöse Vereinigungen (Untergrundkirche), Geheimgesellschaften, Berufsverbände, autonome Künstlervereinigungen usw. In den Städten begannen sich Bauern auf der Grundlage gleicher Interessen ebenfalls zu solchen traditionellen (und inoffiziellen) Organisationen und Interessenvereinigungen zusammenzuschließen, vornehmlich zu Landsmannschaften und Bettlerbanden bis hin zu kriminellen Vereinigungen mit mafiaähnlichen Strukturen, die Unternehmen betreiben, Schutzgelder und Straßengebühren einfordern und teilweise relativ große Gebiete kontrollieren.<sup>17</sup> Wie weit das geht, zeigt eine Untersuchung über zugewanderte Straßenhändler in Peking, die landsmannschaftlich organisiert sind: Auf dem Tianwaitan-Markt in Peking z. B. stammten Anfang der 1990er Jahre 70 Prozent der Händler aus Yiwu in der Provinz Zhejiang. Sie kontrollierten nicht nur einen Großteil des Großhandels mit kleinem Alltagsbedarf, sondern waren auch als Interessenverband (*tongxiangbang*=Landsmannschaft) organisiert. Solche Landsmannschaften beziehen meist gleiche Wohnquartiere und bilden auf diese Weise relativ geschlossene Migrantengemeinschaften.<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup> Hu Hai 1994: 2.

<sup>18</sup> Shi Xianmin 1992: 37.



Die informelle Organisation reicht bis in den geschäftlichen Bereich hinein. So bilden sich z.B. Vereinigungen von Privathändlern, die zum Mittel kollektiver Abwanderung von einem Markt in einen anderen greifen, um sich gegen Schikane und Schröpfung durch Verwaltungsbeamte zu wehren. Vorreiter sind hierbei bäuerliche Händler. Selbst (illegale) Gewerkschaften der Wanderarbeiter sind entstanden, die Streiks und Demonstrationen organisieren.<sup>19</sup> Wie in anderen Entwicklungsländern auch, führte die Zersplitterung der Bauern in den Städten zur spontanen Bildung von Vereinigungen auf der Grundlage lokaler, ethnischer oder berufsmäßiger Herkunft.

Autonome Organisationen dieser Art, die an traditionelle Strukturen anknüpfen, weisen darauf hin, dass es ein wachsendes Bedürfnis der Landbevölkerung nach Organisation in selbständigen Vereinigungen gibt. Da es sich, wie bei den Händlern, um Berufsvereinigungen handelt, können diese durchaus als Vorläufer autonomer Interessenvereinigungen begriffen werden. Autonom sind sie, weil der Staat sie nicht kontrollieren kann. Weil sie illegal sind, vermögen sie indessen nicht direkt Einfluss auf den Staat auszuüben. Dieser gerät aber zunehmend unter Druck, derartige Interessenvereinigungen zuzulassen, um Kontrolle darüber ausüben und deren Tätigkeit gegenüber kriminellen Handlungen abgrenzen zu können. Ansonsten drohen solche Untergrundtätigkeiten in kriminelles Fahrwasser abzugleiten.

Die Gründung wissenschaftlicher, beruflicher, fachlicher, künstlerischer oder von Hobby-Vereinen bzw. Vereinigungen ist seit den 1980er Jahren gesetzlich erlaubt. Die „Bestimmungen über Anmeldung und Verwaltung gesellschaftlicher Vereinigungen“ sehen allerdings vor, dass die Vereine (als auch so genannte NGOs) staatlicher Kontrolle unterworfen sein sollen. U.a. sehen diese Bestimmungen explizite die Anmeldung über eine „Trägerinstitution“ vor.<sup>20</sup> Die Anmeldung setzt damit voraus, dass eine offizielle Stelle (Behörde, staatliche oder Parteiinstitution, öffentliches Unternehmen) den formalen Antrag auf Anerkennung eines Vereins stellt und zugleich die formelle Schirmherrschaft übernimmt. Da diese Institutionen mit der Schirmherrschaftsübernahme auch die Funktion eines Aufsichtsorgans ausüben, ihre Leitungen für Fehlverhalten der Vereinigung zur Verantwortung gezogen werden können, sind die Ersteren nur dann dazu bereit, wenn sie (materielle oder nicht-materielle) Vorteile daraus ziehen können oder aber aufgrund persönlicher Beziehungen.

---

<sup>19</sup> Vgl. Hu Hai 1994: 1.

<sup>20</sup> Abgedruckt in: Renmin Ribao (Volkszeitung), 9.11.89.

Zielsetzung bzw. Form der Gründung sowie die Anbindung an eine staatliche Organisation zeigen, dass es vielfältige Verwebungen zwischen diesen Vereinigungen und dem Staat (der Partei) gibt. In der Regel bemühen sich Vereinigungen, namhafte Funktionäre für eine Ehrenmitgliedschaft oder als „Berater“ zu gewinnen, im Interesse politischer Protektion und sozialer Anerkennung. Zwar kann dadurch die Interessenunabhängigkeit beeinträchtigt werden. Doch nicht die *pressure group* ist intendiert, sondern die *Guanxi-group*, die Probleme und Konflikte nach dem Patronage-Prinzip löst.

Daraus darf aber nicht geschlossen werden, dass Verbände und Vereinigungen primär die Interessen von Partei und Staat vertreten. Es war der durch Ausweitung des Marktes, durch politische Liberalisierung und durch wachsende Autonomie der Gesellschaft entstandene gesellschaftliche Druck, der die Zulassung von Vereinigungen, auch spontan von unten gebildet, erzwang. Und in einer Gesellschaft, in der die unabhängige Existenz von politischen oder organisatorischen Parallelstrukturen nicht erlaubt ist, sind Interessenvertretung und Teilnahme an Verhandlungsprozessen zwischen Staat und Interessengruppen ohne solche Verwebungen nicht möglich. Die chinesische *bargaining society*<sup>21</sup> bedarf, im gegenwärtigen Zustand, einer solchen Verflechtung, weil zum einen nur so ein gewisses Maß an Partizipation gesellschaftlicher Gruppen ermöglicht wird. Zum anderen können Vereine über die ihr vorgeordnete staatliche Trägerorganisation Einfluss auf die Politik nehmen.

Ende 2001 soll es bereits 230.000 offiziell registrierte nicht-staatliche Vereinigungen gegeben haben.<sup>22</sup> Das für die Registrierung zuständige Ministerium für Zivilverwaltung nennt für 2003 allerdings die Zahl von 133.340 registrierten Vereinen, davon:

37.638 Berufs- und Fachverbände

39.149 Branchenverbände

37.968 Wissenschaftliche Vereinigungen

17.284 fachübergreifende Organisationen

1.268 Stiftungen und

33 Vereine mit Mitgliedern aus Hongkong, Macao oder dem Ausland.<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Dazu: Lampton 1992.

<sup>22</sup> Ding Yuanzhu 2003: 235.

<sup>23</sup> Abgerufen unter <http://www.chinanpo.gov.cn:8080/front/in> am 28.5.2004.

Diese Statistik umfasst indessen weder lokale Vereinigungen noch die viele Millionen zählenden bäuerlichen Fachvereinigungen.<sup>24</sup> Vereine und Organisationen unterhalb der Kreisebene werden in der Regel überhaupt nicht erfasst, weil eine Anmeldung nicht unbedingt erforderlich ist.

Von der Funktion her lassen sich folgende Vereinigungen unterscheiden:

zum Austausch von Erfahrungen bzw. zur Verfolgung gemeinsamer Hobbies (wissenschaftliche/Hobbyvereine)

zur Verfolgung gemeinsamer wirtschaftlicher oder sozialer Interessen (Unternehmens- oder Branchenvereinigungen, Vereine mit sozialen Zielsetzungen oder NGOs)

zur Einbindung gesellschaftlicher Gruppen, wie die Unternehmer oder Selbständigenverbände, offizielle religiöse Vereinigungen u.a.

zur Verfolgung staatlicher Interessen gegenüber auswärtigen Institutionen oder Personen (wie die von staatlicher Seite gegründeten Vereinigung der Auslandschinesen, Gesellschaften für Verwandte von Taiwanern oder die Freundschaftsgesellschaften)

zur Akquirierung zusätzlicher Finanzmittel oder zur Durchführung unabhängigerer Tätigkeiten, wie die von staatlichen Institutionen gegründeten Gesellschaften für Wissenschaft und Technik.

Bei den verschiedenen Organisationen muss zwischen den *guanban*-Organisationen, deren Leitungen von Partei- und Staatsstellen ernannt und deren Finanzmittel vom Staat zugewiesen werden; den *banguan*-Organisationen, deren Leitungen aus Institutionen stammen, denen die *banguan*-Einheit zugeordnet ist und deren Finanzen vom Staat zugeteilt wurden oder eigenbeschafft sind und drittens den *minban*-Organisationen, die - mit behördlicher Genehmigung - auf Vorschlag von unten gegründet wurden und finanziell selbstverantwortlich agieren, differenziert werden.<sup>25</sup>

Richtig ist, dass alle diese Organisationsformen unter der Aufsicht von Partei und Staat arbeiten und nicht als unabhängige Institutionen begriffen werden können. Ihre Zielsetzung und ihr Wirken unterliegen behördlicher Kontrolle. Dies schließt jedoch nicht aus, dass die genannten Organisationen Vermittlerfunktion zwischen Partei/Staat und ihren Mitgliedern einnehmen

---

<sup>24</sup> Vgl. dazu Renmin Ribao 19.4.04.

<sup>25</sup> Wang/She/Sun 1993: 72ff.

(wie die Verbände der Selbständigen bzw. der Privatunternehmer, Berufs- oder Branchenvereinigungen) und über einen gewissen Spielraum verfügen.

Die zunehmende Trennung von öffentlicher und privater Sphäre, der Rückzug des Staates aus einer Vielzahl gesellschaftlicher Teilbereiche, wenn bislang auch noch weitgehend aus der Ökonomie, gibt solchen Vereinigungen größeren Handlungsspielraum, erweitert den *social space*, das Ausmaß an Autonomie und schafft ein artikuliertes gesellschaftliches Gegengewicht gegenüber staatlichem Handeln. Es ist der These Ding zuzustimmen, dass über Vereinigungen und Interessengruppen, seien sie nun *minban*, *banguan* oder *guanban*, die Gesellschaft Staat und Partei infiltriert und damit Wandlungsprozesse in Gang setzt, ein Faktor, der im Prozess osteuropäischer Veränderung eine wichtige Rolle gespielt hat. *Der als institutional amphibiousness* bezeichnete Doppelcharakter der Vereinigungen zeigt sich darin, dass sie einerseits über zahllose Fäden mit den Partei- und Staatsstrukturen verwoben sind, bis hin zu einer Art von „institutionellem Parasitismus“, d.h. der Interessen- und Finanzanbindung an Staat/Partei; andererseits können partei- und staatsnahe Institutionen durch diese Organisationen unterwandert und verändert werden (*institutional manipulation and conversion*). Auf diese Weise, so Ding, begannen gesellschaftliche Kräfte Staat und Partei zu infiltrieren. Die Durchwebung aller gesellschaftlicher Institutionen mit Parteimitgliedern führte letztlich zur gegenseitigen Vernetzung und Durchdringung. Ding kritisiert zu Recht, dass das Konzept der *civil society* diesem Doppelcharakter nicht gerecht wird, weil es von einem Antagonismus Staat-Gesellschaft ausgeht und Verwebungen zwischen beiden nicht aufzudecken vermag.<sup>26</sup>

Da parallele politische Strukturen (noch) nicht toleriert werden, kann die Alternative zunächst nur darin bestehen, unabhängige gesellschaftliche Aktivitäten zu verfolgen, die den Staat politisch nicht herausfordern, etwas, das auch *ad hoc zones of autonomy* oder *second society* genannt wird.<sup>27</sup> Die zunehmende Autonomie der Wirtschaft gegenüber dem Staat und der damit einhergehende soziale Wandel werden den Raum autonomer Gruppen weiter anwachsen lassen.

---

<sup>26</sup> Ding 1994: 298ff.

<sup>27</sup> McCormick/Su/Xiao 1992: 192.

## 2.2 *Issue-Groups*, NGOs und GONGOs

Als klassisches Element der Zivilgesellschaft gilt der Bereich der nichtstaatlichen Organisationen mit Ausrichtung auf politischer Partizipation. Die Popularisierung des westlichen Begriffs der NGOs als ein zentrales Element der Zivilgesellschaft wurde vor allem durch die IV. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 vorangetrieben. Zwar wurden die Veranstaltungen der internationalen NGOs nach Huairou, einem Vorort von Peking, ausgelagert. Die Regierung realisierte aber die überaus starke internationale Präsenz von NGOs und reagierte, ähnlich wie die japanische Regierung im Zuge der Vorbereitungen zur 1992er UNCED-Konferenz, mit der Aufwertung von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Seither werden selbst parteinahe Massenorganisationen wie der staatliche Frauenverband in die Kategorie der nichtstaatlichen Organisationen eingeordnet. Verständlicherweise wird daher der Begriff NGO in China heftig diskutiert.

Allerdings gab es auch schon vor der „NGOisierung der Weltpolitik“<sup>28</sup> und der Popularisierung des Konzeptes der Zivilgesellschaft „nichtstaatliche“ Initiativen, die zum Teil der westlichen Fokussierung des Konzeptes auf eine stark politisch ausgerichtete Schaffung einer kritischen Öffentlichkeit entsprachen. Die koreanische wie auch die chinesische Entwicklung verbindet eine Wellenbewegung von politischen Widerstandsbewegungen in den 1980er Jahren hin zu legalen, inkorporierten und politisch eher neutralen Wohlfahrtsinitiativen. Ähnlich wie in Südkorea entstanden in China während der 1980er Jahre vor allem in den urbanen Zentren zahlreiche Initiativen, die sich für politische Mitbestimmung und eine freie Presse engagierten (allerdings unterschieden sich die koreanischen Initiativen durch ihre Radikalität). Darüber hinaus kam es ab 1985 zu einem regelrechten Boom von nichtstaatlichen Aktivitäten als Reaktion auf die negativen sozialen Auswirkungen der wirtschaftlichen Reformpolitik. So organisierte z.B. die Frauenforscherin Li Xiaojiang 1985 das erste nichtstaatliche Symposium in Zhengzhou, welches sich kritisch mit bestehenden Dogmen zur geschlechtlichen Gleichberechtigung und der gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinandersetzte.<sup>29</sup> In diese Zeit fallen auch die ersten Gründungen von telefonischen Beratungszentren, die später in den 1990er Jahren als namhafte NGOs aufsteigen sollten.

---

<sup>28</sup> Altvater/Brunnengräber 2002: 8.

<sup>29</sup> Sausmikat 1995: 23.

Wie wir jedoch wissen, beendete das radikale Vorgehen der chinesischen Regierung 1989 gegen die demonstrierenden Studenten die Entwicklung einer politisch kritischen Gegenöffentlichkeit außerhalb des Staates. Seither sind die Bestrebungen der Regierung, politisch kritische Stimmen in den Politikprozess zu integrieren, kontinuierlich gewachsen. Seit 1995 ist auch der Begriff der „Nichtregierungsorganisation“ im alltäglichen Sprachgebrauch seiner politisch destabilisierenden Konnotation enthoben. Dies lag u.a. daran, dass der Trend weg von Staatsfürsorge und hin zu Privatinitiativen oder Wohlfahrtseinrichtungen als Lösung der zukünftigen sozialen Probleme angesehen wird. Im Herbst 2000 fand eine internationale Konferenz zur Entwicklung von NGOs und NPOs an der Qinghua-Universität in Beijing statt. Hier wurde das Ziel chinesischer NGOs aus der Regierungsperspektive offen dargelegt: NGOs sollen als Wohlfahrtsinitiativen an die Stelle traditioneller Wohlfahrtseinrichtungen treten.<sup>30</sup> Sie sollen, so war es in den ersten Regulierungen für NPOs vorgesehen, „Non-profit Dienstleistungen anbieten können, die von Unternehmen, sozialen Organisationen, sozialen Kräften oder Privatpersonen finanziell unterstützt werden“.<sup>31</sup> Sie dienen vornehmlich der Mobilisierung der sogenannten „sozialen Kräfte“ zum Zwecke der Substituierung der Regierung im Bereich der sozialen Wohlfahrt und darüber hinaus der Verschlankung der Bürokratie. Negativ formuliert heißt dies, dass viele NGOs zu Versorgungsinstitutionen von pensionierten oder entlassenen Regierungskadern und als institutionelle Vehikel zur Beantragung von internationalen Fördergeldern missbraucht werden können.<sup>32</sup> Ein 2002 international bekannt gewordener Skandal war z.B. die Veruntreuung von 12 Mio. Dollar Spendengeldern durch das „Project Hope“, gegründet und verwaltet durch die Kommunistische Jugendliga. Dieses Projekt sollte mittellosen oder ärmeren Familien die Ausbildung ihrer Kinder durch die Erstattung der Schulgebühren ermöglichen. Solche Skandale bringen natürlich viele der staatlich organisierten GONGOs in Misskredit. Richtig ist, dass es in China wie in anderen asiatischen Staaten das Kuriosum von „staatlichen NGOs“ (government organized NGO=GONGO) gibt. Diese Organisationen werden von staatlichen Behörden als NGOs gegründet (wie z.B. die Familienplanungsvereinigung), um (offiziell) als Transmissionsriemen in die Gesellschaft hineinzuwirken.

---

<sup>30</sup> Der Historiker Qin Hui referierte auf der oben genannten Konferenz über die Entwicklung von traditionellen nichtstaatlichen Wohlfahrtseinrichtungen hin zum Dritten Sektor. Die Konferenz wurde vom Qinghua-Zentrum für NGO-Forschung, dem heutigen Sitz des Verwaltungsbüros für NGO-Management, veranstaltet. Siehe China Development Brief, A million flowers bloom; on is weeded out, Vol. II, Nr.4, Dez. 1999-März 2000: 11, 17.

<sup>31</sup> Artikel 2 der „Bestimmung über Anmeldung und Verwaltung gesellschaftlicher Vereinigungen“, abgedruckt in China Development Brief, A million flowers bloom; on is weeded out, Vol. II, Nr. 4, März 2000: 12.

<sup>32</sup> Interview der Autorin im Sommer 2000 mit dem Direktor von China Development Brief.

Die Hoffnung auf private Initiative wird jedoch durch die komplizierten Antragsbedingungen zur Gründung von NPOs/NGOs konterkariert. Private Initiativen sollen in rechtsfähige Körperschaften überführt werden. Für die chinesischen NGOs gilt, was auch für Vereinigungen Vorschrift ist: keine soziale Organisation oder Vereinigung kann sich ohne die Genehmigung durch das örtliche Büro des Ministeriums für Zivile Angelegenheiten (und durch die Anbindung an eine Träger-Einheit) akkreditieren.<sup>33</sup> Die Bedingung, eine Trägereinheit zu finden, die am Ende Kosten und Verantwortung tragen soll, die aber auch alleine befugt ist, Spendengelder einzutreiben, blockiert kleinere Gruppen und Interessenverbände. Darüber hinaus sind die NGOs verpflichtet, sich durch die Kontrollinstanz des zentralen „Büros für die Verwaltung von Vereinen“ verwalten zu lassen und keine regionalen Büros zu eröffnen, wodurch eine horizontale Ausbreitung von *Grassroot*-Organisationen so gut wie unmöglich ist. Die horizontale Vernetzung der NGO-Institutionen sollte durch die 1998 überarbeitete „Bestimmung über Anmeldung und Verwaltung gesellschaftlicher Vereinigungen“ verhindert werden. Daher werden oft nationale Wohlfahrtseinrichtungen wie z.B. der nationale Frauenverband zur dominanten Träger-Einheit, unter der sich neu gegründete Institutionen sammeln.<sup>34</sup>

Die Abhängigkeit von den Trägerorganisationen bringt es auch mit sich, dass die Organisationen von der politischen Stabilität des Partners abhängig sind. Fällt dieser z.B. in Ungnade, so ist die Organisation von der Schließung bedroht. So geschehen im Fall des Diskussionsclubs von Wang Yanhai zum Thema Homosexualität. Wang Yanhai arbeitete im Institut für Gesundheitserziehung. Als der Koordinator im Gesundheitsministerium entlassen wurde, geriet Wang unter Druck.<sup>35</sup> Er gründete seine eigene NGO „*Aizhi* Aktionsgruppe“ (Liebeswissen Aktionsgruppe), der allerdings 2002 die Registrierung entzogen wurde, da Wang vorgeworfen wurde, er habe durch eine Internetmeldung „internes Material“ öffentlich gemacht. Wang hatte Dokumente des Henaner Gesundheitsbüros veröffentlicht, aus denen hervorging, dass der Regierung schon seit Mitte der 1990er Jahre die Dringlichkeit der AIDS-Problematik bekannt war, dass sie jedoch keine entsprechenden Maßnahmen zur Eindämmung und Aufklärung einleitete.<sup>36</sup>

---

<sup>33</sup> Saich 2000: 129.

<sup>34</sup> Ibid.: 132.

<sup>35</sup> Ibid.

<sup>36</sup> China Development Brief, Does this cat catch mice?, Vol. VI, Nr. 1, Juli 2003.

## 2.3 Der Charakter von NGOs

Wie unsere Darlegungen verdeutlichen, gibt es unterschiedliche Wege, NGOs zu gründen. Wir können grundsätzlich zwischen folgenden drei Gründungstypen unterscheiden:

Gegründet oder initiiert durch Partei- oder Regierungsinstanz

Gegründet von Akademikern oder Spezialisten für ein thematisches Feld (professionelle und akademische Vereinigungen)

Spontan entwickelt aus Einzelaktionen und Bürgerinitiativen, spätere Gründung einer Vereinigung mit Anbindung an einen staatlichen Träger.

Des Weiteren zählen auch Handelsvereinigungen und Stiftungen zu den sozialen Organisationen. Ebenso variieren auch die Ziele und Funktionen der Vereinigungen und NGOs stark voneinander. So kann man folgende Funktionen unterscheiden:

*Awareness raising* und Anwaltschaft (AIDS-Gruppen, Umweltgruppen, Migrantengruppen, Homosexuellengruppen)

Erziehungs- und Aufklärungsfunktion (chinesisches Rotes Kreuz, Aufklärungsgruppen für Prostituierte)

Lobbying (unabhängige Zeitungen, Verbraucherschützer, Frauen/Migrantengruppen)

Dienstleister (Rechtsberatungszentren, Wohlfahrtseinrichtungen, Politikberatung)

Imageförderer (Menschenrechtsvereinigungen der Partei)

Beratung und Vernetzung (*Hotlines*, Rechtsberatungszentren).

Der generelle Eindruck, chinesische NGOs seien regierungs- und weisungsabhängige Marionettenorganisationen, kann bei der Vielzahl an Initiativen nicht mehr aufrechterhalten werden. Es ist z.B. möglich, über die Legitimierung als „Wohlfahrtsorganisation“ einen relativ autonomen Raum zwischen Staat und Opposition aufzubauen. Dadurch können sich regionale Zweige nationaler Vereinigungen mitunter der Kontrolle durch den Staat entziehen und eigene regionale Projekte, internationale Kontakte, eine eigene Identität und ein eigenes Problembewusstsein entwickeln. Es gibt eine Vielzahl von Initiativen, die sich spontan bilden und die zunächst ohne jegliche finanzielle Unterstützung von Seiten des Staates oder internationaler Geldgeber entstanden sind. Es existieren Vereinigungen zum Konsumenten- und zum Energieressourcen-Schutz, zur Drogenberatung, und auch zur politischen Aufklärung (z.B. zu Dorfwahlen). Seit 1998 konnte sich eine nationale Vernetzung von über 600



Dorfwahlen). Seit 1998 konnte sich eine nationale Vernetzung von über 600 chinesischen lokalen NPOs (einsehbar im Internet unter [www.chinanpo.org](http://www.chinanpo.org)) unter der Leitung der *China Association of Science Foundation* (CASF) herausbilden. Besonders bemerkenswert sind die professionellen Vereinigungen, die sich für politische Reform und Demokratisierung einsetzen. Sie sind gering an der Zahl, doch sie erweitern das Spektrum der Umwelt- und Sozialvereinigungen um die direkte politische Dimension. Das „World and China Institut“ von Li Fan ist so ein Beispiel: Er führt zusammen mit einem Team Evaluationen der Dorfwahlen durch, verfasst Handbücher zur Durchführung der Wahlen und setzt sich für die Anhebung der Wahlen auf höhere Ebenen ein.

Die Bindung an die staatliche Trägereinheit muss darüber hinaus – wie oben bereits verdeutlicht - nicht immer von Nachteil sein, sondern kann auch zu positiven Rückkopplungseffekten auf die staatliche Politik führen. So ist es z.B. dem *MAPLE Women's Psychological Counseling Center* zusammen mit dem Frauenrechtsberatungszentrum der Beijing Universität, der Trägereinheit, gelungen, ihre Erkenntnisse über häusliche Gewalt und die rechtliche Unsicherheit von Migrantinnen in das neue Heiratsgesetz der VR China mit einfließen zu lassen.<sup>37</sup> Ein anderes Rechtsberatungszentrum, das „Zentrum für legale Hilfestellung für Umweltsourcenschutz“, setzt sich z.B. für die Rechte der Bewohner der vom Abriss bedrohten Altstadt-Wohnquartiere in Peking ein – eine Initiative, die auf Politikwissenschaftsprofessoren zurückgeht. Wie bei diesem Beispiel lassen die Organisationsnamen oft keinerlei Rückschlüsse auf die tatsächlichen Tätigkeiten zu. In Kooperation des an die Universität angebundenes Beratungszentrums mit externen Rechtsanwaltskanzleien und durch einen eigenen Newsletter konnte dieses Zentrum erfolgreich zur Verbreitung eines erweiterten Umweltbegriffes beitragen. Daneben entstehen aber auch zahlreiche unregistrierte NGOs - 1996 schätzte man die Anzahl dieser NGOs auf 20.000.<sup>38</sup> Viele Beratungseinrichtungen starteten als *Hotlines* (so auch die beiden oben genannten Beispiele) - insgesamt soll es gegenwärtig in China über 2000 eingerichtete *Hotlines* geben.

Trotz der Anbindung an eine Trägereinheit ist es offenbar für die Ratsuchenden besonders wichtig zu wissen, dass es keine direkte Verbindung zu den staatlichen Massenorganisationen gibt. Die Atmosphäre des Vertrauens in einem anonymen Bereich, der sich der direkten staatlichen Kontrolle entzieht, eröffnet einen individuellen, privaten Raum ohne gesellschaftliche

---

<sup>37</sup> Interview der Autorin mit Guo Jianmei, Gründerin des Beratungszentrums, im Juni 2001.

<sup>38</sup> Saich 2000: 136.

und moralische Zwänge. In dieser Ungebundenheit der Einrichtungen liegt das entscheidende Potenzial für den Erfolg. So berichtet z.B. Long Sihai, der Direktor des „*Legal Counselling Centre for Women and Children*“ in Xishuangbanna (Yunnan), dass die Beratungen beim Frauenverband nicht mit den Beratungen im Zentrum vergleichbar seien. So würde eine Frau, die sich scheiden lassen wolle, vom Frauenverband oft für die gescheiterte Ehe kritisiert, während die Frauen im Zentrum moralische Unterstützung fänden, praktische Ratschläge und Hilfe erhalten könnten. Doch auch dieses Zentrum ging auf eine Initiative des lokalen Frauenverbandes und des Justizbüros zurück. Die Unabhängigkeit konnte bislang - wie auch in anderen Fällen - nur durch die Unterstützung durch ausländische Stiftungen, hier des britischen Funds „*Save the Children*“, gewahrt werden.

## 2.4 Fallbeispiele

Abgesehen von Beratungszentren gibt es immer mehr Initiativen, die in sich sowohl Lobbying, Aufklärung als auch Servicefunktion verbinden. Zwei wichtige Zweige dieser Initiativen sind die Bereiche Migrantenproblematik und Umwelt. Xie Lihua, ehemalige Korrespondentin für die Zeitung „Chinas Frauen“ (*Zhongguo Funü Bao*) und vormals bei der Propagandaabteilung der Volksbefreiungsarmee tätig, wurde 1990 in ein kleines Dorf nach Hebei gesandt, um eine Frauenheldin zu porträtieren, die mit überdurchschnittlicher Hingabe für ihren gelähmten Mann sorgte und ihm über Jahre hinweg die Treue hielt. Xie realisierte, dass sie diesen Propagandaauftrag angesichts der harten Realität dieser Frau nicht ausführen konnte. Sie schrieb stattdessen eine scharfe Anklage gegen überkommene traditionelle Moralstandards, die sich an den klassischen Standardbiographien der Landesannalen orientieren würden und betitelte ihren Aufsatz mit „Ist dies geistige Zivilisation oder feudale Ignoranz?“. Hierfür erntete sie harsche Kritik. Ihr wurde vorgeworfen, die Tugenden von herausragenden Frauen zu beschmutzen und die Realität zu verzerren. Es folgte eine achtmonatige Debatte in der Tageszeitung *Chinas Frauen* und anderen Blättern, in der durch sog. „Leserbriefe“ Kaderinnen ihre Meinung zu Xies Verhalten äußerten.

1993 gründete sie zusammen mit ehemaligen Kolleginnen die Zeitschrift *Forum für ländliche Frauen* (*Nongjia Nü Baishitong*), die vom staatlichen Frauenverband verwaltet wird. Sie ist ein wichtiges Gegenbeispiel für den Erfolg von Privatinitiativen, die mit Hilfe von nationalen Körperschaften wie dem Frauenverband einen Raum begrenzter Autonomie schufen. Xie bemängelte, dass sich keine der 44 Frauenzeitschriften in China mit den Problemen von Frauen

auf dem Lande auseinandersetze. Besonders schockierend war für Xie die auf dem Land überaus hohe Suizidrate. China sei das einzige Land auf der Welt, in dem die weibliche die männliche Suizidrate übersteige. Xie hat sich zur Aufgabe gemacht, Erziehungsarbeit auf dem Land zu leisten und gleichzeitig den Frauen die Gelegenheit zu bieten, sich über diese Zeitschrift auszutauschen. Seit April 1999 liegt nun auch der erste Untersuchungsbericht zu ländlichen Selbstmorden von Frauen vor - *Zhongguo nongcun funü zisha baogao* - dessen Herausgeberin Xie Lihua ist. Hierfür wurde die Reihe „Berichte über die Probleme ländlicher Frauen (*Zhongguo nongcun funü wenti xilie baogao congshu*)“, deren Herausgeberin Xie Lihua ist, gegründet. In einer zweiten Reihe des „Forums für ländliche Frauen“ erschienen im März 1999 anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Forums vier Bücher zur Land-Stadt-Migration, zu Rechtsstreitigkeiten, Frauengesundheit und zur Karriereplanung. 2002 erschien die letzte Anthologie,<sup>39</sup> die gezielter als die bisherigen Publikationen die Probleme der Frauen auf dem Land aufgreift und zu einer nationalen Debatte führte.

Im Umweltbereich scheint es am schwierigsten zu sein, Aufklärungs- und Lobbyarbeit zu leisten, obwohl es in diesem Bereich die ersten von internationalen Geldgebern finanzierten und von der chinesischen Regierung genehmigten NGOs gab (*Friends of Nature* 1994, *Global Village Beijing* 1996 u.a.). Entgegen den Einschätzungen der US-Botschaft, die der chinesischen Regierung eine überaus positive Einstellung gegenüber Umweltorganisationen bescheinigt,<sup>40</sup> sind diese Organisation auf reine Dienstleistungs- und Erziehungsaufgaben beschränkt. Journalisten konnten bisher kaum einen Umweltskandal über die Medien aufklären, dazu kommt, dass es für Rechtsanwälte nicht lukrativ ist, Umweltsünder zur Rechenschaft zu ziehen. Jim Harkness vom WWF China weist in einem Interview darauf hin, dass es zwar eine Vielzahl von Einzelinitiativen gibt und das Interesse vor allem unter der jüngeren, städtischen und relativ wohlhabenden Bevölkerung sehr groß sei. Es habe sich aber noch keine „Bewegung“ wie in Japan in den 1970er Jahren oder auch in Europa herausgebildet.<sup>41</sup> Darüber hinaus gibt es im Vergleich zu anderen Bereichen relativ wenige Umweltorganisationen. Dies liegt einerseits daran, dass die Konkurrenz um Ressourcen in diesem Bereich besonders groß ist und die Anbindung an das Umweltministerium nicht immer für sinnvoll erachtet wird. Andererseits erscheint Organisation in diesem Bereich als gefährdet, da Umweltschutz (ähnlich wie Menschenrechte) immer noch ein politisch relativ sensibles Thema darstellt. Die Proble-

---

<sup>39</sup> Xie/Han 2002.

<sup>40</sup> „Chinese NGOs – Carving a niche within constraints“, US-Embassy Bericht, Januar 2003, einzusehen unter: [www.usembassy-china.org.cn/sandt/ptr/ngos-prt.htm](http://www.usembassy-china.org.cn/sandt/ptr/ngos-prt.htm) (aufgerufen am 12.7.2004).

<sup>41</sup> China Development Brief, „Constructive engagement is the only option for Nature“, Vol. VI, Nr. 2, Oktober 2003.

me sind vorrangig politischer Natur, da z.B. zu wenig positive Anreize geschaffen werden, um Umweltschutzinitiativen zu belohnen. Auch gibt es wie in anderen Entwicklungsländern das Problem, dass Regierungsinitiativen zum Umweltschutz zumeist den Regierungsmaßnahmen zur Armutsreduzierung (Bergbau, Dämme etc.) zuwiderlaufen. Dennoch muss man anerkennen, dass China als erstes Land eine eigene Agenda 21 formuliert hat. Die meisten Umweltinitiativen in China unterstehen der *China State Environmental Protection Agency* (SEPA), die den Rang eines Umweltministeriums einnimmt.

Bemerkenswert ist, dass es die chinesischen Wissenschaftler und NGO-Angehörigen selbst sind, die die allzu optimistischen Hoffnungen der amerikanischen und europäischen China-wissenschaftler dämpfen. Mitte der 1990er Jahre gab es einen regelrechten Boom der *Civil Society* Literatur zu China. Jüngste Aufsätze chinesischer Wissenschaftler greifen jedoch die wenigen kritischen Forschungen einiger Amerikaner auf, um vor allem auf die finanzielle Abhängigkeit chinesischer NGOs von ausländischen Stiftungen und Unternehmen hinzuweisen (80-90% der chinesischen NGOs werden von internationalen Geldgebern finanziert, die japanischen zu 50% über Mitgliederbeiträge). Es wird hervorgehoben, dass sich europäische NPOs vorrangig durch Regierungsgelder und Stiftungen finanzieren und amerikanische durch Beiträge, Spenden und Abgaben.<sup>42</sup> Eine „vollständige Unabhängigkeit“, so Wang, würde in keinem Land der Erde existieren, und der „mystische Schleier“, der der *Civil Society* vor einiger Zeit verliehen worden sei, sei als solcher enttarnt worden.<sup>43</sup> Die Masse an registrierten Organisationen, so Wang, beweise noch lange nicht die Existenz einer *Civil Society*, viele NGOs würden vom marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf erfasst und entwickelten sich zu undemokratischen, auf Eigennutz abzielende Organisationen. Unabhängigkeit sei nur garantiert, wenn die Finanzquellen privater Natur seien und die Aktionen im Geiste des Altruismus stattfänden.<sup>44</sup>

Ähnlich wie in anderen asiatischen Ländern (Thailand, Korea, Indonesien, Vietnam) ist auch in China die Gesetzes- und Finanzlage der Organisationen äußerst problematisch.<sup>45</sup> Teilweise werden die Organisationen noch als Hort für zivilen Ungehorsam betrachtet und unterliegen strengeren Regulierungen als die Privatwirtschaft. In Südkorea wurden z.B. 1987 die militan-

---

<sup>42</sup> Wang Shaoguang 2002.

<sup>43</sup> Ibid.: 37.

<sup>44</sup> Ibid.: 47

<sup>45</sup> Die folgenden Informationen sind den Dokumenten der Konferenzen im Jahre 1999 und 2000 des *Democracy Forum for East Asia* entnommen, das 1998 von Bill Clinton und Kim Dae-jung gegründet wurde. Inhaltlich koordiniert und organisiert wurden sie von Larry Diamond und Marc Plattner. Einzusehen unter [www.ned.org/asia/index.htm](http://www.ned.org/asia/index.htm) (aufgerufen am 7.1.2002).

ten *Minzheng*-Bewegungen verboten, heutige zivilgesellschaftliche Organisationen kooperieren mit den Regierungsautoritäten. Die Auflösung durch die politischen Autoritäten ist sowohl in China, als auch in Korea, Thailand, Vietnam und Indonesien jederzeit ohne Begründung möglich (in Japan wird seit der Neufassung des Gesetzes für NPOs 1998 eine Begründung bei Auflösung vorgeschrieben). Auch die Besteuerung dieser Organisationen ist selbst innerhalb der Länder nicht einheitlich geregelt. Da in China z.B. die meisten Organisationen als „Non-Profit Organisationen“ eingetragen sind, dürften zumindest formell die Einnahmen nur aus Spendengeldern bestehen. Dennoch müssen auch die NPO ganz normal Steuern zahlen. Darüber hinaus können Spendengelder nicht wie in anderen Ländern üblich abgesetzt werden. Nach dem öffentlichen Wohlfahrtsgesetz und den Stiftungsvorschriften sind Spenden zwar theoretisch nur gering zu besteuern, in der Praxis muss dies aber von Fall zu Fall ausgehandelt werden. Die unklare Besteuerungspraxis führt dazu, dass Rücklagen gebildet werden, schlechte Transparenz innerhalb der Organisationen vorherrscht und es zu Unterschlagung, Korruption und Spannungen innerhalb der Organisationen kommt. Darüber hinaus besteht in vielen Organisationen ein Mangel an interner Demokratie, die Führungsstrukturen sind oft sehr hierarchisch geprägt.

Bestehende Probleme und Mängel bei der Implementierung chinesischer NGOs werden in einem Aufsatz von Yu Keping offen benannt.<sup>46</sup> Darin wird deutlich, dass die Entstehung einer „kritischen Öffentlichkeit“, die sich unabhängig von finanzieller Zuwendung des Staates in einem geschützten legalen Rahmen und frei von restriktiven Eingriffen seitens der Partei oder des Staates entwickeln kann, als ideales Ziel definiert wird. Die Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft wird, wie Yu definiert, abhängen von effektiven Maßnahmen, die die Unabhängigkeit, Selbstverwaltung und Eigenständigkeit von politischen und sozialen Vereinigungen und Organisationen stärken. Letztendlich ist es hierfür nicht nötig, die Idealtypik der Habermas'schen Definition einer „kritischen Öffentlichkeit“ zu relativieren, denn „es dürfte eine der wesentlichen Einsichten sein, die bei Antonio Gramsci zu lernen sind, dass Zivilgesellschaft nichts Festes ist, sondern ein Feld politischer Auseinandersetzung (...)“.<sup>47</sup> Die größte Herausforderung für chinesische NGOs besteht nun vor allem darin, sich von der Abhängigkeit von ausländischen Spendengeldern zu emanzipieren und ihre Wirkungsmacht im Hinblick auf eine aufgeklärte und kritische Öffentlichkeit, die Veränderung von Strukturen oder die Implementierung von Gesetzen zu entfalten.

---

<sup>46</sup> Yu 2003: 28-34.

<sup>47</sup> Kößler 1994: 237-238.

### 3. Politische Dienstleister, Berater und Aufklärer<sup>48</sup>

Im Laufe der 1980er und 1990er Jahre entstanden Arbeitsgruppen zu verschiedenen, vorrangig wirtschaftlichen Sachfragen, die sich im Verlauf der Reform ausdifferenzierten und die Form von *Think Tanks* annahmen. Diese Zusammenschlüsse von Akademikern und Politikberatern greifen zunehmend auf die Expertise von unabhängigen Beratern und Fachleute zurück. Darüber hinaus entstanden in den 1990er Jahren Subgruppen innerhalb etablierter *Think Tanks*, die sich vorrangig mit sozialen Themen wie z.B. der Frage nach sozialer Gerechtigkeit auseinandersetzten. In der politikwissenschaftlichen Forschung spricht man daher vor allem in Hinsicht auf Transformationsländer von „Ideenagenturen“,<sup>49</sup> die als Indikator für komplexere Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme betrachtet werden könnten. Gellner unterscheidet zwei Kategorien von *Think Tanks*, wobei die einen „kundenorientiert“ Politikforschung betreiben, die anderen als Non-Profit Unternehmen sich vorrangig der Forschung und nicht der Politikberatung widmen.<sup>50</sup>

Meist vereinigen die chinesischen „unabhängigen“ Beratungsinstitute aber beide Funktionen in sich. Ein Beispiel ist das *Unirule Institute of Economics*. Mitglieder dieses Beratungsinstituts umfassen sowohl Angehörige aus der Regierung, den Universitäten als auch Unternehmensberater. Finanziert wird dieses Institut durch internationale Geldgeber und Einnahmen aus dem Beratungsgeschäft. Einer der fünf Gründer dieses Instituts, Mao Yushi (1929-), arbeitete vormals in dem staatlichen *Think Tank* der Akademie der Sozialwissenschaften, und betätigte sich als Berater für Energiequellen in Afrika. Mao sowie die meisten Gründer dieses Instituts bauen auf alte Netzwerke innerhalb der politischen Elite auf, die nicht nur Schutz, sondern auch die Diffusion ihrer Expertisen in den politischen Entscheidungsprozess implizieren. Neben der ökonomischen Forschung veranstaltet das Institut regelmäßig Symposien u.a. zu den Themen Umweltschutz, Dorfautonomie und soziale Wohlfahrt. Diese Symposien dienen wiederum der Politikberatung.

Durch die Hilfeleistung ausländischer Stiftungen, allen voran der Ford-Stiftung und dem *National Endowment for Democracy* (NED), war es möglich, einen „nichtstaatlichen“ Raum zu schaffen, in dem sich die vereinzelt agierenden Intellektuellen institutionell selbstständig machen konnten, ohne auf die notwendigen Trägerorganisationen angewiesen zu sein. Solche

---

<sup>48</sup> Vgl. dazu Derichs/Heberer/Sausmikat 2004.

<sup>49</sup> Stone et al. 1998: 7, 15.

Denkfabriken agieren im Rahmen der tolerierten Nische für politische Beratungsinstitute. Die hier engagierten Intellektuellen sind sehr pragmatisch und ergebnisfokussiert, sie lehnen es ab, weiter über Ideologien und Theorien zu streiten, sondern sehen sich als „intellektuelle Unternehmer“. Ein Beispiel dafür ist der bereits erwähnte Li Fan vom „Welt und China Institut“, der sich vorrangig mit politischer Partizipation beschäftigt. Er betonte in einem Interview mit der Autorin:

Wir können der Regierung Dienste anbieten, so wie amerikanische politische Organisationen, die Stiftungsgelder der Regierung erhalten. Wichtig ist aber, dass die Regierung nicht das Gehalt zahlt. Insofern sind wir eine NGO, wir führen Regierungsprojekte durch, arbeiten zusammen mit Lokalregierungen und fördern politische Reformen.<sup>51</sup>

Die Effekte sind zweigeteilt. Einerseits wird die Abhängigkeit vom Staat dadurch verringert und ein relativ unkontrolliertes Arbeiten ermöglicht. Andererseits wird der dringend notwendige Zusammenhalt unter den Akteuren der intellektuellen Elite weiter geschwächt. Auch die Konkurrenz um ausländische Gelder zwischen „intellektuellen NGOs“ oder besser *Think Tanks* und umwelt- und entwicklungspolitischen NGOs wächst. All dies könnte schlechtestenfalls zur Verfestigung anti-westlicher Ressentiments führen.

Auch die Zentrale Parteihochschule profiliert sich als Ort non-konformen Denkens und intellektuellen Austausches. Sie muss im Zuge der Kommerzialisierung ähnlich wie andere Denkfabriken auf dem Markt der Bildungsinstitutionen konkurrieren und versucht, ihre Attraktivität für junge Forscher zu erhöhen. Dieser Trend zu Internationalisierung und Professionalisierung zeichnet auch einige kleinere staatliche *Think Tanks* aus. So wurde 2002 vom *China Center of Comparative Politics and Economics*, einem *Think Tank* innerhalb des Zentralen Übersetzungsbüros des Staatsrats, in Zusammenarbeit mit der Zentralen Parteihochschule ein Profilierungsprogramm für Lokalregierungen für „*Innovation and Excellence in Local Chinese Governance*“ gestartet. Ein Ziel war es, neue Kriterien für *Good Governance* zu entwickeln und zu unterstützen. Ein Auswahlkriterium für die Jury ist, dass die Innovationsprogramme freiwillig und ohne Intervention der übergeordneten Autoritäten durchgeführt werden und einen signifikanten Fortschritt für demokratische Politik darstellen. Als einzige Ausländerin war Sarah Cook, die Beauftragte der *Ford-Foundation* in das Auswahlkomitee berufen wurden. Ausgezeichnet wurden z.B. Organisatoren von kompetitiven Wahlen in Stadtgemeinden, neue Verwaltungsinstitutionen im ökonomischen Bereich und Überprüfungs- und Aufsichts-

---

<sup>50</sup> Gellner 1995: 33.

<sup>51</sup> Interview der Autorin mit Li Fan in Peking am 9.7.01.

behörden über ökonomische Aktivitäten führender Kader.<sup>52</sup> Solche großen und aufwendigen Projekte können natürlich nur in Kooperation mit den Parteiinstitutionen durchgeführt werden. Abgesehen davon, dass diese Projekte nach außen hin als Demokratisierungsbeweise gegenüber dem Ausland dienen, hängt es aber von der Kreativität der Projektleiter ab, inwieweit solche Programme auch tatsächlich zu mehr Transparenz, Partizipation und institutioneller Umgestaltung führen.

Andere Forschungseinrichtungen arbeiten über „persönliche Brückenköpfe“ mit semipolitischen Institutionen wie z.B. dem *Shanghai Institute of International Studies* zusammen, welches wiederum eng an das Außenministerium angebunden ist. Persönliche Allianzen charakterisieren diese akademischen Vereinigungen. Diese „Brückenköpfe“ fungieren oft als Vermittler und Organisatoren von Studienzirkeln, die in unregelmäßigen Abständen zusammenfinden. Abgesehen von ihrer gegenwärtigen Position und Funktion kennen sich z.B. die der Sozialdemokratie zugewandten Kader und Forscher in Shanghai und führen Gleichgesinnte aus unterschiedlichen Städten und Institutionen zusammen. Auf diese Weise können sehr effektive Kanäle der Ideendiffusion und auch Implementierung geschaffen werden.

In einer Befragung der Autorin 2001 hoben viele Akademiker und Politikberater hervor, dass es im Vergleich zu den 1980er Jahren nicht mehr um grundsätzliche Fragen der Solidarität oder Gerechtigkeit gehe, vielmehr der Trend zur Professionalisierung eine Fokussierung der Diskussionen auf ganz spezifische und praktische *Policy-Issues* erzeugt habe. Themen wie der Ausbau des Rechtssystems bzw. der Aufbau der Rechtsstaatlichkeit (Debatte um Korruption), der Umsetzung der Verfassung bzw. einer Verfassungsreform, die Rolle der gesellschaftlichen Akteure (insbesondere der Intellektuellen, aber auch der *Grassroot*-Organisationen) oder die Schaffung neuer Institutionen treten gegenwärtig in den Vordergrund. Seit der Jahrtausendwende und der Vorbereitung bzw. den Folgen des XVI. Parteitages 2002 vertiefen sich Überlegungen zur Neubewertung der Rolle der Partei, der Regierung, der Intellektuellen, der Unternehmer und der Bürokratie. Dieser Diskurs hat sich tatsächlich zu einem Diskurs über politische Transformation – und nicht mehr nur über politische Reformen ausgeweitet. Die Vorbereitung dieser Theorie wurde von einem parteinahen *Think Tank* vorgenommen, ein Beispiel für die dienstleistende Funktion von systeminternen *Think Tanks*.

---

<sup>52</sup> Vgl. Yu 2002.



Seither kam es zu einem Bedeutungszuwachs für Akademiker, die sich der sozialen und vor allem der ländlichen Problematik annehmen. Aufgrund dieser rigiden Kontrolle der Öffentlichkeit und der dadurch nicht gewährleisteten Zuverlässigkeit und Vollständigkeit von Informationen greifen Intellektuelle wie Politiker auf informelle Kanäle der Informationsverbreitung und des Austausches zurück. Hierfür gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Eine schon seit der Gründung der VR China existierende Praxis ist die Veröffentlichung in öffentlich nicht zugänglichen und nur in internen Parteikreisen und Intellektuellennetzwerken zirkulierenden politischen Gazetten. Diese internen Publikationsorgane sind hierarchisch gegliedert nach unterschiedlichen Führungsebenen.

Eine andere Möglichkeit sind informelle *Think Tanks*, die eine lose Verbindung zu politischen Entscheidungsträgern aus der dritten oder vierten Führungsebene pflegen. Hierzu zählen z.B. die modernisierungskritischen Diskussionszirkel in den Städten Beijing und Shanghai. Ihre Diskurse sind insofern populistisch, als dass sie Alltagsprobleme, soziale Missstände und Skandale aufgreifen, analysieren und Anklage erheben, ohne konkrete Lösungsvorschläge zu entwickeln. Zum Beispiel wird die Situation der streikenden Arbeiter und der durch Steuerabgaben und Landverlust verarmten Bauern aufgegriffen. Andere Themen sind Menschenrechte, Umweltschutz, der Verfall der Moral, Individualisierung und Hedonismus, Nächstenliebe und Verantwortung. Die Debatte ist äußerst vielstimmig und widersprüchlich. Über die Publikation von zu Bestsellern gewordenen „Polit-Lesebüchern“ erreichen die Protagonisten eine breite Öffentlichkeit. Die Buchtitel verraten, dass der Schwerpunkt auf der Problemanalyse liegt: „Die Sieben Fragen Chinas“ (Cao Jingqing), „Probleme und –ismen“ (Qin Hui) oder das umstrittene und internationale diskutierte Werk der Shanghaier Ökonomin He Qinglian „Die Falle der Modernisierung - Ökonomische und gesellschaftliche Probleme im Gegenwartschina“ (*Xiandai hua de xianjing. Dangdai Zhongguo de jingji shehui wenti*).<sup>53</sup> Die Beijinger Ausgabe von He Qinglians Buch wurde mit einem Vorwort des ehemaligen Direktors der Propagandaabteilung und Vertrauten Jiang Zemin Liu Ji versehen, welches der Autorin den Flair einer verantwortungsvollen Patriotin verlieh.

Auch der Soziologe Cao Jingqing pflegt Kontakte zur politischen Elite. Sein Bestseller „China am Rande des gelben Flusses“ geht zurück auf eine 1996 vorgenommene fünfmonatige Feldforschung in der Provinz Henan im Auftrag und auf Anregung seines Mentors Wang Da-

---

<sup>53</sup> Zeitgleich in Hongkong im linken Verlag *Mingjing* und in Beijing im Verlag *Jinri Zhongguo* 1998 erschienen. Die Beijinger Ausgabe wurde in einer Reihe des bekannten Chefredakteurs der Shanghaier Wochenzeitung *Shehui Kexuebao* Xu Ming herausgegeben.

ohan,<sup>54</sup> einem SPD-Forscher mit großem Einfluss. Caos Buch beschreibt den Wandel der Bauerndörfer seit 1978. Vorausschauend wird der Einfluss des WTO-Eintritts auf die Dörfer im Tagebuchstil beschrieben. Dieses Buch löste eine breite Diskussion unter Intellektuellen und Politikern aus. Cao setzt sich explizit für die Idee der Repräsentation von Interessengruppen ein.<sup>55</sup> Diese müssten, so Cao, bei der Schaffung von Möglichkeit der Interessenvertretung über unabhängige Medien beginnen, wofür Pressefreiheit die grundlegende Voraussetzung sei. Unter den Intellektuellen Shanghais diskutiere man Möglichkeiten, wie man den Status der Bauern und bäuerlichen Arbeiter auf den von respektierten Bürgern Chinas anheben könne. Langfristig gehe es daher um die Umformung des Parteienstaates in einen Bürgerstaat.<sup>56</sup> Diese Diskussionen werden von Direktoren politiknaher *Think Tanks* organisiert und die Vernetzung der Intellektuellen unterstützt.

Diese informellen *Think Tanks* rufen direkte Reaktionen in den offiziellen *Think Tanks* hervor. So greift z.B. Yu Jianrong vom *Rural Development Research Centre*, Autoren wie Cao in seinen weit verbreiteten Veröffentlichungen an und beschuldigt die intellektuelle Elite, erstens die Bauern zu Protesten anzuspornen und zweitens nicht wirklich die Bauern für sich selbst sprechen lassen zu wollen.<sup>57</sup> Die Proteste der Bauern hätten zu einer Situation geführt, die spontan gegründete Bauernorganisationen mit Namen wie „Komitee für den Abbau der [Steuer]Belastungen“, „Gruppe zum Abbau der Belastungen“ usw. hervorbrachten und damit eine informelle Führungsstruktur etabliert hätten, die eine politische Krise ungeahnten Ausmaßes hervorrufen könnten. Yu wendet sich zwar gegen die Fürsprecher der Bauern, plädiert aber im zweiten Schritt für die Etablierung von Interessenvertretungen und genuinen Bauernorganisationen. Intellektuelle werden explizit aufgefordert, die Bauern bei der Gründung von Organisationen zu unterstützen und Druck auf die Regierung auszuüben, um ein Gesetz zum Vereinigungsrecht der Bauern durchzusetzen.

Diese Beispiele verdeutlichen, wie verzahnt informelle und formelle Akteure innerhalb Chinas agieren und inwieweit sich Anwartschaften für unterschiedliche Interessengruppen durchsetzen.<sup>58</sup> Dabei kann man die hier aufgeführten Initiativen als Stellvertreterorganisationen für

---

<sup>54</sup> Wang Daohan war von 1980-85 Bürgermeister von Shanghai, ein früher Förderer Jiang Zemins und gehörte zur ersten Gruppe der SPD-Forscher in China. Er fungiert heute als Berater der Stiftung für Internationale Strategische Studien (Shanghai) und des *Think Tanks* der Partei *China Reform Forum*.

<sup>55</sup> Interview der Autorin mit Cao Jingqing in Shanghai am 1.11.02.

<sup>56</sup> Ibid.

<sup>57</sup> Ganz ähnliche Prozesse beobachtet man in Thailand und Vietnam. In diesen Ländern werfen die Regierungen den sozialen Akteuren vor, die Betroffenen von Umweltzerstörung oder Armut nicht mit einzubeziehen. Damit sollen die städtischen NGOs insgesamt in Frage gestellt werden, vgl. Mutz/Ouan 2004: 6.

<sup>58</sup> Weitere Beispiele finden sich in Derichs, Heberer, Sausmikat 2004.

die direkte Repräsentation von Interessengruppen begreifen. Darüber hinaus dienen die Politikberatungen der Schaffung von notwendigen zivilgesellschaftlichen Strukturen. Das intellektuelle Engagement für Partizipationsstrukturen und die geleistete politische Aufklärungsarbeit dient letztlich der Bewältigung sozialer und ökonomischer Integration innerhalb des Transformationsprozesses.

#### **4. Selbstverwaltung - Wahlen auf der Basisebene**

Seit Anfang der 1980er Jahre können Bewohner der Gemeinde- und Kreisebene den für ihren Wahlbezirk zuständigen Abgeordneten der lokalen Volkskongresse direkt wählen. Eine neue Dimension erhielten Wahlen indessen durch die Einführung von Wahlen der Dorfleitungen. Die Rückkehr zu familiärer Bewirtschaftung und die damit verbundenen Vertrags-, Verhandlungs- und Durchsetzungsmodalitäten verlangten eine Stärkung der Dorfautonomie. Die ökonomische Individualisierung und Privatisierung war nicht mehr von der Gemeinde aus zu steuern und zu regeln. Konflikte sollten, wie Jahrhunderte zuvor, direkt auf der Dorfebene behandelt und gelöst werden, um den Staat in Form dorfübergreifender Bürokratie zu entlasten und von oben kommende Beschlüsse für die Dorfgemeinschaften akzeptabler zu machen.<sup>59</sup> Diese administrative Funktion sollen heute die „Dorfverwaltungskomitees“ (fortan: DVK) und die Dorfkongresse wahrnehmen.

Die Parteiführung bemühte sich um rasche institutionelle Einbindung dieser Komitees und formalisierte sie im Jahre 1982 in der chinesischen Verfassung. Ihre landesweite Errichtung galt 1985 als abgeschlossen. Die Institutionalisierung der DVKs war im Grunde genommen Ausdruck der Tatsache, dass die Kontrolle des Dorfes von außen weitgehend gescheitert war. Am 1. Juni 1988 trat das „Organisationsgesetz für Dorfverwaltungskomitees“ probeweise in Kraft. Darin heißt es, das DVK sei eine „autonome Organisation“, mit deren Hilfe sich die Dorfbewohner „selbst verwalten, selbst erziehen und ihren eigenen Interessen dienen“.<sup>60</sup>

---

<sup>59</sup> Auf diesen traditionellen Bezug wird in einem Aufsatz der theoretischen Zeitschrift der KPCh ausdrücklich hingewiesen, vgl. Ran Wanxiang 1989.

<sup>60</sup> Dem DVK wurden folgende Aufgaben zugewiesen: Regelung der öffentlichen Angelegenheiten der Dorfbewohner, Sicherstellung der öffentlichen Wohlfahrt, Streitschlichtung, Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Übermittlung der Meinungen der Dorfbewohner an die überdörflichen Regierungen, wirtschaftliche Entwicklung der Dörfer und Förderung aller Wirtschaftstätigkeiten der Dorfbewohner, Verwaltung des Bodens usw. Ökonomisch gehören die Erfüllung der staatlichen Getreidequoten, der Abschluss der Verträge mit den bäuerlichen Haushalten über landwirtschaftliche Bodennutzung und die Sicherstellung der Erfüllung der damit verbundenen bäuerlichen Pflichten sowie die Entwicklung der dörflichen Industrie zu den Hauptaufgaben dieser Komitees. Dazu kommt die Aufgabe der Geburtenkontrolle. Laut dem o.g. Gesetz sind die DVKs von allen Bewohnern über 18 Jahren bzw. in großen Dörfern von Vertretern aller Haushalte für die Dauer von drei Jahren zu wählen. Politische Mitsprache über das Dorf hinaus war nicht vorgesehen.

Die Durchsetzung dieses Gesetzes ging nicht ohne Auseinandersetzungen vor sich. Gegner solch weitreichender Bestimmungen befürchteten eine Verselbständigung der Dörfer, ein weiteres Anwachsen der Clan-Macht und Kontrollverlust über die Bauernschaft. In dieser Auseinandersetzung manifestiert sich der Widerspruch zwischen zentraler Führung, die an einer Konfliktlösung vor Ort, d.h. in den Dörfern interessiert ist, wobei die Zentrale von dieser Form der Partizipation nicht tangiert wird, und den Kadern in den ländlichen Regionen, für die eine funktionierende Dorfpertizipation nicht nur Macht-, sondern auch Kontrollverlust mit sich bringen kann, mit der Gefahr wachsender Konflikte zwischen autonomer werdenden Dörfern und den Gemeinden.<sup>61</sup>

Der XV. Parteitag der KPCh im September 1997 beschloss dann die verstärkte Umsetzung dieser Dorfwahlen. Der Nachdruck, mit dem die Parteiführung die Reorganisation der Dorfverwaltungen betreibt, hat folgende Gründe:

Die Partei versucht, die zunehmend durch Familienclans und religiöse Geheimgesellschaften kontrollierten und durch Abwanderung von Dorfkadern in die Städte und in die Wirtschaft geschwächten Dörfer wieder unter Kontrolle zu nehmen (durch stärkere Kontrolle des Finanzgebarens, des weit verbreiteten illegalen Kaufs und Verkaufs von Boden sowie der Geburtenkontrolle in den Dörfern) und zu stabilisieren; bei der Durchsetzung dieser Kontrolle und bei der Stabilisierung soll den DVKs eine wichtige Funktion zukommen.

Über die Wahlen hofft die Partei neue, fähige Kräfte rekrutieren zu können, die das Vertrauen der Mehrheit der Dorfbewohner besitzen, bei gleichzeitiger Ausschaltung korrupter Elemente. Durch Schaffung geordneter und stabiler sozialer Verhältnisse in den Dörfern soll das Vertrauen der Landbevölkerung in die Partei wieder gestärkt werden.

Staatliches Recht soll gegenüber dem Dorf- oder Clanrecht durchgesetzt werden.

Die Dorfverwaltungen sollen durch Kräfte gestärkt werden, welche die Dorfökonomie entwickeln zu können.

Dorfwahlen gelten heute als Grundlage politischer Reformen. Dazu kommt die Ausweitung allgemeiner Wahlen auf die Stadtebene. Beginn der Reformprozess zunächst im ländlichen Raum, um nach erfolgreicher Versuchsphase auf die Städte übertragen zu werden, so wurde der Prozess allgemeiner Wahlen zunächst auf der Dorfebene präferiert, um nunmehr auf die Ebene der urbanen „Einwohnerkomitees“ ausgeweitet zu werden.

---

<sup>61</sup> Zu den Konflikten im ländlichen Raum vgl. auch Heberer/Taubmann 1998.

Im urbanen Raum wurden die „Einwohnerkomitees“, die Anfang der 1950er Jahre in den städtischen Wohnvierteln ins Leben gerufen wurden, neu strukturiert. Die Erodierung der *Danwei*-Strukturen,<sup>62</sup> die Zunahme floatierender Bevölkerung, das Anwachsen von Arbeitslosigkeit und städtischer Armut sowie fehlende Organisationsstrukturen für Privatwirtschaftende waren die wichtigsten Gründe. Dazu kamen der Zerfall der Familien und Werte und die Erodierung sozialer und öffentlicher Sicherheit.

Anders als früher sollen Wahlen den Partizipationsgrad der Bevölkerung, die Legitimität der Einwohnerkomitees und die Identität der Bewohner mit ihrem Viertel erhöhen. Wahlen, so argumentiert das für die Nachbarschaftsviertel (*Shequ*) zuständige Ministerium für Zivilverwaltung, seien ein zentrales Mittel dazu. Im Prinzip gibt es gegenwärtig zwei Hauptformen von Wahlen in diesen Vierteln: die derzeit vorherrschende Form besteht in der Wahl des Verwaltungskomitees durch Wahlvertreter, in einer Minderheit von *Shequs* finden aber bereits Direktwahlen durch alle Bewohner statt.<sup>63</sup> Solche Direktwahlen sollen inzwischen als Modell der Zukunft landesweit implementiert werden.<sup>64</sup>

Die politische Elite argumentiert, sie wolle das auf dem Land erfolgreiche Wahlsystem (Wahl der Dorfadministrationen) auch im städtischen Raum implementieren. Folgende Unterschiede zwischen Stadt und Land erschweren allerdings die intendierte Übertragung von Direktwahlen auf die Nachbarschaftsviertel.

Der Anstoß zu Dorfwahlen ging im ländlichen Raum von unten, im städtischen hingegen von oben aus.

Die Arbeit eines Dorfverwaltungskomitees hat unmittelbarere Folgen für den Lebensstandard der Bewohner als die eines städtischen Einwohnerkomitees. So besitzt z.B. jedes Dorf nicht nur Boden, der zur agrarischen Bearbeitung unter die Haushalte verteilt werden muss, sondern häufig auch dorfeigene Betriebe sowie einen Akkumulationsfonds, der sich aus den Einkommen der Dorfbevölkerung speist. Von daher ist das Interesse an Mitsprache bei der Gestaltung der Dorfökonomie bzw. der Verwendung dieses Fonds groß. Eine solche kollektive Ökonomie gibt es in den Nachbarschaftsvierteln in der Regel nicht.

---

<sup>62</sup> *Danwei* bezeichnet den staatlichen Betrieb, dem eine Person angehört. Sie war für das gesamte ökonomische, politische und soziale Leben der in ihr Beschäftigten verantwortlich und garantierte damit ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Mit dem Umbau zu einer Marktwirtschaft und dem Rückgang der Zahl der Staatsbetriebe verloren die *Danweis* ihre dominante Stellung.

<sup>63</sup> So z.B. im Kreis Yingchou in Guangxi, vgl. Li/Chen 2002: 325f.; im Einzelnen vgl. Li Fan 2002: 338-347. Zur Frage der Wahlen in Nachbarschaftsvierteln vgl. Wang Bangzuo 2003.

<sup>64</sup> Siehe z.B. Renmin Ribao 31.3.03.

In den städtischen Wohnvierteln erbringen die Aktivitäten der Einwohnerkomitees keine Kollektiveinnahmen. In den Nachbarschaftsvierteln geht es vielmehr um die Organisation täglicher Lebensabläufe und um die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Bewohner (Hygiene, öffentliche Sicherheit, soziale Leistungen). Der Staat, nicht die Bewohner selbst, organisieren und finanzieren dies im städtischen Raum.

Im Hinblick auf Einkommen, Wohnraum, Beschäftigung oder Umweltangelegenheiten besitzen die Dörfer größere Entscheidungskompetenz als die Nachbarschaftsviertel.

Das Dorf als natürliche Einheit ist „ein Ort der Nachbarschaft“, der städtische Raum eher „ein Ort der Freundschaft“,<sup>65</sup> d.h. städtische Beziehungen gründen sich nicht auf natürliche Nachbarschaftsbeziehungen, sondern auf Wohnviertel übergreifende Beziehungen.

Zwar sind solche Wahlen als *semikompetitiv* zu klassifizieren, weil sie von der KP kontrolliert und dominiert werden. Der Begriff *semikompetitiv* beinhaltet zugleich, dass kein Wettbewerb zwischen Parteien stattfindet, sondern ein Wettbewerb entweder zwischen Kandidaten einer Partei (*intra-party competition*, in unserem Fall der KP) oder aber zwischen Kandidaten, die Parteimitglieder bzw. Parteilose sind.<sup>66</sup>

Doch auch wenn es sich bei den *Shequ*-Wahlen um eine Form mobilisierter (und nicht autonomer) Wahl handeln mag, weil die Partei über die Aufstellung von Kandidaten und, im Falle indirekter Wahlen, die Zusammensetzung des Wahlgremiums wacht, so wäre es falsch, den partizipativen Charakter solcher Wahlen leugnen zu wollen. Verhalten, das aus mobilisierten Formen politischer Partizipation resultiert, etwa das Recht zu wählen, das Recht auf ordnungsgemäße Wahlprozeduren und die mögliche Abwahl von Funktionsträgern, die die Hoffnungen der Wähler nicht erfüllen, kann internalisiert werden und schließlich zu autonomen Formen von Partizipation führen. Überdies schaffen mobilisierende Wahlformen Gelegenheiten für die Wähler (wie das Stellen von Anforderungen an die Kandidaten, Einforderung der Rechenschaftspflicht) und legen den Gewählten bestimmte Beschränkungen auf (durch die Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählern bzw. die Einhaltung von Wahlversprechen im Interesse der Wiederwahl).<sup>67</sup>

Das entscheidende Moment der städtischen Wahlen waren, so ergaben Umfragen des Autors, nicht die Wahlen selbst, sondern die Effizienz der gewählten LeiterInnen, die in der Lage sein

---

<sup>65</sup> Vobruba 1994: 25.

<sup>66</sup> Barkan/Okumu 1978: 91.

sollten, die Probleme eines Wohnviertels anzupacken und zu lösen. Personen und weniger Wahlen, so die Argumentation, entschieden über die Effizienz der Arbeit eines Viertels. Mit Demokratie und Partizipation hat das *Shequ* bislang wenig zu tun. Es gibt keine echten Wahlen, und die Bevölkerung weiß überdies kaum etwas über die Wahl der Einwohnerkomitees. Die Zahl der Freiwilligen ist gering. Es sind primär die sozial Schwachen und Parteimitglieder, die sich mobilisieren lassen. Die Mobilisierung erfolgt weniger auf der Basis von Freiwilligkeit und Selbsthilfe, sondern aufgrund materieller (bei Sozialhilfeempfängern) oder organisatorischer Abhängigkeit (Parteimitglieder). Frauen bilden die absolute Mehrzahl der Freiwilligen.<sup>68</sup>

Insgesamt gesehen, geht es (noch) nicht um Partizipation, sondern um die grundlegende Lebenssicherung. Wer ohne Arbeit ist, über kein Einkommen verfügt, den interessieren Wahlen nicht. Wer an den Aktivitäten der *Shequs* partizipiert oder partizipieren muss, tut dies, um an soziale Leistungen besser herankommen zu können (Herstellung von sozialen Beziehungen) oder weil ihm sonst die Sozialhilfe gestrichen wird. Die Ausweitung politischer Partizipation und politisch aktive Bürger sind wichtige Merkmale von Zivilgesellschaft und politischer Modernisierung. Auf Grund fehlender materieller Vorbedingungen mag es dafür in China noch zu früh sein. Es bedarf wohl zuerst ökonomischer Sicherheit, bevor Wahlen und Partizipation zu zentralen Elementen werden können. Solange die Menschen primär mit der Lösung ihrer unmittelbaren sozialen Probleme befasst sind und wo es gar um das tägliche Überleben geht, spielen politische Diskussionen und politische Partizipation als Teil der Lebensgestaltung in der Regel eine eher geringe Rolle.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Idee des *Shequ*, theoretisch, an das Konzept des Kommunitarismus erinnert. Im Gegensatz zum *Shequ*-Konzept verlangt der Kommunitarismus allerdings die bewusste Bürgerbewegung von unten und ein hohes Maß an Selbstverwaltung, Partizipation und Freiwilligenarbeit. Ähnlich sind sich beide allerdings hinsichtlich der Zielsetzung: Schaffung einer neuen sozialen, moralischen und Werteordnung bei gleichzeitiger individueller Autonomie; Fürsorge für die sozial Schwachen. Aber hinsichtlich der Mittel unterscheiden sich beide: der Kommunitarismus verlangt individuelle und organisatorische Autonomie; die *Shequs* hingegen versuchen, der individuellen Autonomie Grenzen zu setzen, organisatorische Autonomie besteht bislang nicht. Allerdings ist eine Entwicklung

<sup>67</sup> Zum Unterschied zwischen mobilisierten und autonomen Formen von Partizipation vgl. Huntington/Nelson *ibid.*: 7-10.

<sup>68</sup> Zu dieser Problematik vgl. u.a. Xie Zexian 2003.

vorstellbar, bei der zunächst der Grad an individueller Autonomie zunimmt, der dann zu einer Stärkung der organisatorischen Autonomie führt (*Shequ*) und schließlich zu größerer gesellschaftlicher Autonomie.

Doch es wäre zweifellos falsch, in den ländlichen und städtischen Wahlen lediglich ein Instrument zur Legitimierung autoritärer Strukturen oder der Kontrolle zu sehen. Sie besitzen durchaus ambivalenten Charakter. Sie räumen der Bevölkerung ein gewisses Maß an Partizipation ein, auch wenn es sich um eine von oben kontrollierte Partizipation handelt, zumal die Wahlvorgänge von den übergeordneten Behörden kontrolliert werden. Den Bewohnern bietet sich aber die Möglichkeit der Mitwirkung an der Kandidatenauswahl und an deren Programmgestaltung, somit an erweiterter Interessensartikulation und eine Beteiligung an der Wahl von Personen, die bei der Durchsetzung von Interessen gegenüber den übergeordneten Behörden größeren Verhandlungsspielraum und größeres Verhandlungsgeschick aufweisen. Allein der Aufruf zu „demokratischen Wahlen“ durch die Bevölkerung ermuntert zur Durchsetzung von Interessen. Auch wenn von der Partei primär anders intendiert, so wird dieses Wahlsystem die Macht der Dörfer und *Shequs* gegenüber dem Staat stärken. Und der demokratische Anspruch kann von der Bevölkerung zur Ausweitung ihres *social space* genutzt werden, etwa durch die Durchsetzung von parteilosen und/oder wirtschaftsorientierten Kandidaten. Pei Minxin bezeichnet deshalb den Wandlungsprozess in China als eine schleichende Demokratisierung (*creeping democratization*). Ausgehend von einem institutionalistischen Ansatz stellt er für Transitionsprozesse eine erhöhte Institutionalisierung von Politik aus funktionalistischen Gründen durch autoritäre Regime in der Phase vor der Demokratisierung fest, wozu häufig auch eine Ausweitung lokaler Autonomie zählt. Neue politische Akteure können diese neuen oder modifizierten Institutionen dann für ihre eigenen Ziele nutzen, und so deren Charakter beeinflussen. Trotz der bestehenden Probleme sieht Pei Anzeichen dafür, dass die neuen Institutionen und Wahlprozesse an Legitimität gewinnen und damit auch das Konzept von Verantwortlichkeit gewählter Amtsinhaber sich in und durch die Praxis durchsetzt.<sup>69</sup> Es sollte nicht vergessen werden, dass ein funktionales Demokratieverständnis, wie es auch bei der chinesischen Führung vorliegt, typisch ist für Phasen der Liberalisierung.



## 4.1 Wahlen und *Citizenship*

O'Brien wirft die Frage auf, ob die Menschen in China sich über Wahlen zu Bürgern mit Bürgerrechten (*citizenship*) und damit zu vollständigen Mitgliedern einer Gemeinschaft entwickelten.<sup>70</sup> Er knüpft damit an eine Diskussion an, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in China einsetzte und von Intellektuellen immer wieder aufgegriffen und zur Diskussion gestellt wurde.<sup>71</sup>

T.H. Marshall zufolge ist *Citizenship* mit drei Faktoren verbunden: (a) mit persönlichen Freiheitsrechten (*civil citizenship*), (b) mit dem Recht auf einen angemessenen und gesicherten Lebensstandard (*social citizenship*) und (c) mit dem Recht auf Partizipation an der Machtausübung (*political citizenship*).<sup>72</sup> Im Unterschied zu Klassen basiert *Citizenship* auf dem Moment der Gleichheit und Gleichberechtigung. Allerdings ist der Begriff nicht nur, wie Marshall signalisiert, an *Rechte* gebunden, sondern muss auch *Bürgerpflichten* umfassen.

Die Dörfer und *Shequs* sind zumindest mit (b) und (c) befasst, in Form sozialer Grundsicherung und politischer Partizipation an den Angelegenheiten des Dorfes bzw. Wohnviertels, inklusive der Wahlen. Von daher lässt sich durchaus feststellen, dass solche Wahlen zwar noch nicht Demokratisierung bedeuten, aber dazu beitragen können, aus den „Massen“ Bürger zu machen, die zunehmend die Möglichkeiten zu politischer Partizipation erhalten und diese auch zu nutzen beginnen, zumindest partiell. Einerseits behindern der beschränkte Charakter dieser Wahlen und das institutionelle Defizit die Herausbildung von *Citizenship*. Andererseits ist der Begriff auch an das Aktivwerden und die freiwillige Partizipation bzw. die Selbsthilfe mündiger Bürger gebunden. Der ökonomische und soziale Differenzierungs- und Pluralisierungsprozess hat traditionelle Formen der Klassen- und Gemeinschaftszugehörigkeit aufgeweicht. Der „chinesische Bürger“ ist heute zunehmend gefragt, der sich mit der Nation identifiziert und sich aktiv für ihre Belange einsetzt. Eine stärkere Identifizierung der Bürger mit dem Staat erfordert, dass die Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet werden und (zumindest lokal) an öffentlichen Angelegenheiten partizipieren können. Zwar ist man in China noch nicht beim Bürgerstatus angelangt, aber die zunehmende Implementierung von Bürgerrechten zeigt, dass die politische Führung diesen Weg eingeschlagen hat.

---

<sup>69</sup> Pei 1997: 223f.

<sup>70</sup> O'Brien 2001. Zur Frage von *Citizenship* in China vgl. den Band von Goldman/Perry 2002 sowie Solinger 1999: 3ff.

<sup>71</sup> Vgl. u.a. Fogel/Zarrow 1997; Harris 2002.

<sup>72</sup> O'Brien 2001: 410/411; Marshall 1976: 71ff.

Zweifellos sind die Menschen in China schon immer Mitglieder spezifischer Gemeinschaften gewesen (von Dörfern und Clans bis hin zu *Danweis*), wobei die Zugehörigkeit primär sozial definiert war und spezifische Sozialleistungen umfasste, nicht aber das Moment der formellen politischen Partizipation, das weitgehend der politischen Elite, dem Beamtentum bzw. in der Gegenwart den Funktionären vorbehalten blieb. Von daher bedeutet die Ausweitung des Wahlsystems auf die Wohnviertel eine Ausweitung der politischen Partizipation der Bevölkerung und damit eine Erweiterung der Rechte der Bürger.

## 5. Internet und Zivilgesellschaft

In jüngster Zeit haben Sozialwissenschaftler darauf hingewiesen, dass das Internet die Herausbildung einer Zivilgesellschaft in China fördere. Begründet wird dies mit der Annahme, das Internet wirke in drei sozialen Sphären: im öffentlichen Raum, in (virtuellen) sozialen Organisationen und in weit verbreitetem Protest. Es habe öffentliche Debatten und Problemartikulation gefördert und quasi die Rolle eines Überwachungsorgans übernommen.<sup>73</sup>

Ende 2003 gab es in China ca. 60 Mio. Internetnutzer, wobei sich diese Zahl in den letzten Jahren im Zeitraum von nur ca. jeweils 18 Monaten verdoppelt hatte. Einer Untersuchung des *China Internet Network Information Center (CNNIC)* von 2003 zufolge nutzten 46,2% das Netz aus Gründen der Informationsgewinnung, 32,2% aus Unterhaltungsgründen.<sup>74</sup> Nicht wenige Wissenschaftler in und außerhalb Chinas sahen in dem wachsenden Internetzugang nicht nur eine Quelle staatlich nicht kontrollierbarer Informationen über Entwicklungen im In- und Ausland, sondern auch ein Instrument politischen Wandels.<sup>75</sup> Sogar von *Cyberdemokratie* ist die Rede.<sup>76</sup>

Neuere Untersuchungen belegen allerdings, dass das Internet nicht per se zu einem Instrument politischer Veränderung wird. Der Soziologe Yang Guobin hat z.B. gezeigt, dass das Internet in China einerseits einige neue Momente aufweist: Politik ist nicht mehr nur einfach ein abstrakter Herrschaftsfaktor, sondern – in Verbindung – mit dem unterhaltenden Surfen im Netz auch eine neue Form des (freiwilligen) politischen Alltagsdiskurses und der Freizeitbeschäfti-

---

<sup>73</sup> Vgl. z.B. Yang 2003a; Kalathil 2003.

<sup>74</sup> China Internet Network Information Center (2003); mehr zum Internet-Verhalten vgl. die Studie von Guo/Bu 2003.

<sup>75</sup> Vgl. z.B. verschiedene Beiträge in Kluver 1999; Chase/Mulvenon 2002.

<sup>76</sup> Vgl. Saco 2002.

gung.<sup>77</sup> Das unterscheidet diese posttotalitäre Form von Politik von den totalitären politisch-ideologischen Sitzungen der Mao-Ära, an der Teilnahme Gebot war.

Die Zahl der Internetportale mit Nachrichten, aktuellen Informationen oder der virtuellen Gemeinschaften ist gewaltig. Bürger beteiligen sich im öffentlichen Raum Internet an politischen Diskussionen und definieren damit das Verhältnis Staat-Gesellschaft auf ganz neue Weise. „Durch die Anonymität des Internets“, schreibt Martin Woesler zu Recht, „ist eine kritische Öffentlichkeit entstanden“.<sup>78</sup> Aktive Internetnutzer, in China nennt man sie *Wangmin*, cyber-Bürger oder Netizens (in Anlehnung an den engl. Begriff *Citizen*), greifen Informationen über soziale Ungerechtigkeiten, vertuschte lokale Katastrophen, Straftaten oder Korruptionsfälle auf, informieren darüber und stellen sie zur Diskussion. Ein Beispiel dafür war etwa der Fall eines Arbeiters, der nach einem krassen Fehlurteil im Sommer 2002 in der Provinz Shaanxi hingerichtet wurde. Es kam im Internet zu einer öffentlichen Debatte über die Todesstrafe und Rechtspraktiken in China, an der sich nicht nur Juristen und Parteizeitungen beteiligten, sondern über Internetportale Tausende von Bürgern, die ihrer Empörung und Wut deutlichen Ausdruck verliehen. Zwar wurde diese Diskussion von der Parteiführung rasch wieder gestoppt. Doch in der Folge dieses Ereignisses soll die politische Führung den Justizapparat angewiesen haben, die Zahl der Todesurteile zu senken. Künftig sollen von lokalen Gerichten verhängte Todesurteile durch den Obersten Volksgerichtshof überprüft werden.<sup>79</sup> Hier zeigt sich, dass das Internet zunehmend für Informationen und Proteste genutzt wird und somit landesweit spezifische Stimmungen und Strömungen transparent werden.<sup>80</sup>

Eine weiterer prominenter Fall war der von Sun Zhigang, ein Hochschulabsolvent, der sich im Frühjahr 2003 ohne Ausweispapiere in der Stadt Guangzhou aufhielt, von der Polizei in Gewahrsam genommen und dort zu Tode geprügelt wurde. Die Debatte darüber im Internet schlug rasch in eine Diskussion über das allgemeine Verhalten der Polizei, sodann über Pressefreiheit und eine Reform des Rechtssystems um. Rechtswissenschaftler forderten eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen über die Behandlung von Landbewohnern, die sich in den Städten aufhalten und schrieben an das Nationale Parlament (Nationaler Volkskongress), das diese Bestimmungen außer Kraft setzte, den Vorfall untersuchen und die verantwortlichen Sicherheitskräfte bestrafen ließ.

---

<sup>77</sup> Yang 2003b: 7.

<sup>78</sup> Woesler 2000: 311.

<sup>79</sup> Siehe China aktuell, März 2004: 267.

<sup>80</sup> Ein deutschsprachiger Bericht darüber findet sich in der WELT, 9.9.02.

Wir haben es hier mit einer neuen Form dessen zu tun, was die Soziologie *kollektives Verhalten* (*collective action*) nennt: ein mehr oder weniger spontanes Zusammenwirken von Individuen in Gruppen, wobei auf diese Weise unorganisiert Interessen durchgesetzt bzw. Politik beeinflusst wird. Wu spricht sogar von „e-social movements“, weil inzwischen auch organisierte Formen der Interessendurchsetzung entstanden seien wie z.B. Online-Petitionen (etwa gegen „Software-Regulierung“ [2001/2002], gegen die „Regulierung“, d.h. Zensur von Internet-Veröffentlichungen [2002], für die Unterstützung der Tian’anmen-Mütter [eine Initiative von Müttern, deren Kinder bei der Niederschlagung der städtischen Protestbewegung im Juni 1989 ums Leben gekommen waren], zur Unterstützung des „Lebenden Buddha A An Zhaxi“, der 2002 wegen angeblich „terroristischer Aktivitäten“ inhaftiert worden war u.a.).<sup>81</sup> Darüber entstanden seit Mitte der 90er Jahre autonome virtuelle NGOs (*e-civic organizations*) im Internet, die Online-Kongresse und Online-Partys organisieren.<sup>82</sup> Auch im Bereich Umweltschutz sind zahlreiche Websites und virtuelle NGOs entstanden, die konkrete Problemfälle aufdecken und zur Diskussion stellen.<sup>83</sup>

Gleichwohl bemüht sich der Staat um Kontrolle des Internets. Vor allem systemkritische ausländische Websites (Voice of America, Amnesty International) werden blockiert. Neben der Zensur werden zu Abschreckungszwecken von Zeit zu Zeit auch Cyber-Dissidenten verhaftet und zu hohen Haftstrafen verurteilt.<sup>84</sup>

Es wäre allerdings einseitig, zu glauben, dass die *Wangmin* gleichsam systemkritisch seien. Zu unterscheiden ist zwischen systemkritischen Beiträgen einerseits und gesellschaftskritischen andererseits. Der Staat ist durchaus an gesellschaftskritischem und partizipatorischem Verhalten, vor allem der Jugend, interessiert, weil dies nicht nur dazu beiträgt, Korruption, Skandale und soziale Ungerechtigkeiten aufzudecken, sondern zugleich auch die Legitimität der Herrschenden stärkt. Internetdiskussionen an sich stellen nicht unbedingt schon eine Herausforderung des Systems dar. Zu Recht weist Damm darauf hin, dass es sich bei den Internetnutzern primär um jüngere Personen mit hohem Bildungsstandard handelt, um Repräsentanten der neuen Mittelklassen, die an einer Effizienzsteigerung des Systems im Sinne von *Good Governance* interessiert sind, nicht aber an einer systemischen Veränderung, die desta-

---

<sup>81</sup> Vgl. Wu 2004.

<sup>82</sup> Ibid.

<sup>83</sup> Vgl. Yang 2003b.

<sup>84</sup> Tsui 2003.

bilisierend wirken könnte.<sup>85</sup> Entsprechend bieten inzwischen auch parteinahe Organisationen (wie die Parteizeitung *Renmin Ribao*) relativ liberale Internetportale und Chatgroups an, in deren Rahmen kritisch diskutiert werden kann. Von daher lässt sich in Bezug auf die politische Funktion des Internets keineswegs auf einen „technologischen Determinismus“ im Sinne einer systemverändernden Funktion schließen. Das Internet schafft neue Möglichkeiten für die Bürger im Sinne von Transparenz, Partizipation und Gesellschaftskritik. Aber es ist nicht per se Instrument des Systemwandels.

## **6. Fazit: Entstehung einer chinesischen Zivilgesellschaft?**

Die hier aufgeführten gesellschaftlichen Sphären und unterschiedlichen Formen für Bürgerpartizipation ergeben ein hochkomplexes Bild einer sowohl urbanen als auch ländlich organisierten Gesellschaft. Doch allein die Möglichkeit, sich zu organisieren, Interessenverbände zu gründen oder informelle politische Diskussionsclubs ins Leben zu rufen, zeichnen noch keine *Civil Society* aus. Die Qualität oder inhaltliche Bewertung der Aktivitäten hängt tatsächlich davon ab, inwieweit wir uns von dem westeuropäisch und amerikanisch geprägten normativen Begriff der Zivilgesellschaft entfernen. Die Koppelung des Begriffes an den Demokratie- oder Menschenrechtsbegriff würde autoritär ausgerichtete Organisationen definitiv ausschließen – und hier gelangen wir exakt auch an die Grenzen unseres Demokratiebegriffes. Autoritäre Regierungen nehmen selbst die Kategorisierung in „gute“ und „schlechte“ Organisationen der Zivilgesellschaft vor – militante und regierungskritische Initiativen können sich in diesen Staaten nicht etablieren. Doch richten wir unser Augenmerk auf die Breitenwirkung von politisch oder ökonomisch motivierten Interessenverbänden, können wir da von einer Wirkung auf das öffentliche Bewusstsein sprechen, eine Wirkung auf die Qualität der Öffentlichkeit?

Zweifellos gibt es Fortschritte im Bereich zivilgesellschaftlicher Prozesse wie die stärkere Absicherung individueller Rechte, die Herausbildung einer privaten Unternehmerschaft mit Partizipationsinteressen, die Entstehung von Vereinen und Verbänden und größere Partizipationsmöglichkeiten. Doch Lebensstandard und soziale Sicherungssysteme sind noch in Entwicklung begriffen, wobei der Staat für die Absicherung der Grundbedürfnisse zuständig ist. Staatsbildung (*state building*) und Rechtsstaatsbildung stehen gegenwärtig im Mittelpunkt staatlichen Bemühens, soziale Sicherung ist für die Mehrheit der Bevölkerung primär, Partizi-

---

<sup>85</sup> Damm 2003.

pation noch sekundär. Andererseits hat der Staat eine Entwicklung eingeleitet, die „Massen“ zu Bürgern machen soll.

Allerdings ist bereits die Übertragung des Begriffs der Zivil- oder Bürgergesellschaft auf das gegenwärtige China in Frage zu stellen. Den „Bürger“ (oder ‚citoyen‘) in unserem Sinne gibt es noch nicht, er beginnt gerade erst, sich herauszubilden. Hierfür fehlt es noch an grundlegenden Rechtssicherheiten und einer Verfassungswirklichkeit, die erst die Voraussetzungen für eine „freie Öffentlichkeit“ schaffen würden. Soziale Probleme überlagern noch das Aktionsvermögen der sozial Schwachen; die sozial Stärkeren, die Mittelschicht, genießen erst einmal ihr stärkeres Maß an individueller Autonomie. Auch die oben von Sztompka genannten Voraussetzungen für Zivilgesellschaft in postsozialistischen Staaten existieren erst in Ansätzen. Zwar gibt es ein beträchtliches Unternehmertum, aber es gebricht noch an einer Unternehmenskultur und die Entstehung einer Bürgerkultur verlangt zunächst den Bürger. Auch die Diskurskultur befindet sich noch in Entwicklung, ebenso wie eine partizipative Alltagskultur. Zwar lassen sich Ansätze für ein spezifisch von Intellektuellengruppen gesteuertes erzeugtes *Agenda-setting* für Belange der Bevölkerung erkennen, doch agieren diese meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit und in Abhängigkeit ihrer Patronage-Beziehungen. Von einer Kontrollfunktion der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat, wie sie von Habermas und Dahrendorf idealiter angenommen wird, kann gegenwärtig noch nicht ausgegangen werden. Zivilgesellschaft, so Schmitter, setzt eine doppelte Autonomie voraus: Autonomie vom Staat und Autonomie von traditionellen Strukturen wie Clans, *Danwei* oder Familie.<sup>86</sup> Wenn das ein Kennzeichen für Zivilgesellschaft ist, dann hat China noch einen weiten Weg zurückzulegen.

### Literatur:

- Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim (2002), NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest, in: Das Parlament/Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7, S. 6-15.
- Barkan, Joel D./Okumu, John J. (1978), ‘Semi-Competitive’ Elections, Clientelism, and Political Recruitment in a No-Party State: The Kenyan Experience, in: Hermet, Guy/Rose, Richard/Rouquié, Alain, eds., Elections without Choice, London, Basingstoke, S. 88-107.
- Bernstein, Thomas/Lü, Xioabo (2000), Taxation without Representation: Peasants, the Central and Local States in Reform China, in: The China Quarterly, Nr. 163, S. 751-763.
- Bramall, Chris (2001), The Quality of China’s Household Income Surveys, in: The China Quarterly, Vol. 167, S. 689-705.
- Brook, Timothy/Frolic Michael (1997), eds., Civil Society in China, Armonk, London.
- CAAS Internet Report 2003: Surveying Internet Usage and Impact in Twelve Chinese Cities. Im Netz verfügbar unter [www.markle.org](http://www.markle.org)

---

<sup>86</sup> Vgl. Schmitter 1997: 256.

- Chase, Michael S./Mulvenon, James C. (2002), *You've Got Dissent! Chinese Dissident Use of the Internet and Beijing's Counter-Strategies*, Santa Monica.
- China Internet Network Information Center (CNNIC), 13th Statistical Survey on the Internet Development in China (2003), abgerufen am 8.6.04 unter [www.cnnic.net.cn](http://www.cnnic.net.cn).
- Cohen, Jean/Arato, Andrew (1992), *Civil Society and Political Theory*, Cambridge.
- Damm, Jens (2003), *Internet and the Fragmented Political Community*, in: IIAS Newsletter 33, S. 10.
- Deng Minjie (2002), *Chuang xin shequ (Neue Shequs schaffen)*, Beijing.
- Derichs, Claudia/Heberer, Thomas/Sausmikat, Nora (2004), *Why Ideas Matter. Die Rolle von Ideen und intellektuellen Diskursen in der Politik – China, Japan, Malaysia, Hamburg*.
- Diamond, Larry (1997), *Introduction: In Search Of Consolidation*, in: Diamond, Larry/Plattner, Marc F. et al., eds., *Consolidating the Third Wave Democracies*, Baltimore, London, S. xiii-xlvii.
- Dickson, Bruce J. (2003), *Red Capitalists in China. The Party, Private Entrepreneurs, and Prospects for Political Change*, Cambridge.
- Ding Ding (2000), *Politische Opposition in China seit 1989*, Frankfurt/M.
- Ding Xueliang (1994), *Institutional Amphibiousness and the Transition from Communism: The Case of China*, in: *British Journal of Political Science*, 24, S. 293-318.
- Ding Yuanzhu (2003), *Zhongguo fei yingli bumen de fazhan he gaige*, in: Ru Xin/Lu Xueyi/Li Peilin, Hg., 2003 nian shehui lanpishu: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Das Blaubuch für die Gesellschaft 2003: Analyse und Prognose der gesellschaftlichen Lage Chinas), Peking 2003, S. 235-242.
- Ding, Yijiang (2000), *The Conceptual Evolution of Democracy in Intellectual Circles. Rethinking of State and Society*, in: Zhao Suisheng, Hg., (a.a.O.), S. 111-140.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1992), eds., *Democracy and Modernity*, Leiden.
- Fogel, Joshua/Zarrow, Peter (1997), eds., *Imagining the People: Chinese Intellectuals and the Concept of Citizenship, 1890-1920*, Armonk, London.
- Frick, Heike (1993), *Interkulturelle Annäherung an das Fremde und westliche Paradigmen: Zur Diskussion der 'Civil Society' in China*, in: *Newsletter Frauen und China, FU-Berlin, Nr. 5*, S. 12-17.
- Gellner, Ernest (1994), *Conditions of Liberty: Civil Society and its Rivals*, London.
- Gellner, Winand (1995), *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit*, Wiesbaden 1995.
- Goldman, Merle/Perry, Elisabeth J. (2002), eds., *Changing Meanings of Citizenship in Modern China*, Cambridge/Mass., London.
- Guo Liang/Bu Wei (2003), *Internet Use in China – A Comparative Analysis*, in: Zhang/Woesler, S. 121-144.
- Habermas, Jürgen (1984), *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, (15. Aufl.), (Neuwied 1962), Darmstadt.
- Hann, Chris/Dunn, Elizabeth (1996), ed, *Civil Society – Challenging Western Models*, New York, London.
- Harris, Peter (2002), *The Origins of Modern Citizenship in China*, in: *Asia Pacific Viewpoint*, vol. 43, No. 2, August, S. 181-203.
- He Baogang (1997), *The democratic implications of Civil Society in China*, New York.
- Heberer, Thomas (2003a), *Private Entrepreneurs in China and Vietnam. Social and Political Functioning of Strategic Groups*, Leiden.
- Heberer, Thomas (2003b), *Strategic Groups and State Capacity: The Case of the Private Entrepreneurs*, in: *China Perspectives*, Number 46, March-April, S. 4-14.
- Heberer, Thomas (2003c), *Das politische System der VR China im Prozess des Wandels*, in: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas, Hg., *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens*, Opladen, S. 19-122.
- Heberer, Thomas (2001), *Unternehmer als strategische Gruppen: Zur sozialen und politischen Funktion von Unternehmern in China und Vietnam*, Hamburg.
- Heberer, Thomas (1996), *Die Rolle von Interessenvereinigungen in autoritären Systemen: Das Beispiel Volksrepublik China*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 37. Jg., Juni, S. 277-297.
- Heberer, Thomas/Taubmann, Wolfgang (1998), *Chinas ländliche Gesellschaft im Umbruch. Urbanisierung und sozio-ökonomischer Wandel auf dem Lande*, Opladen.
- Hoefnagels, Harry (1972), *Über den Begriff der politischen Beteiligung (Vorlesung Habermas)*, in: *Hoefnagels, Frankfurter Soziologie*, Essen, S. 82-90.
- Hsiung, Ping-Chun (1999), *Transformation, Subversion, and Feminist Activism: Report on the Workshop of a Developmental Project, Xian, China*, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Vol. 31, Nr. 3, S. 47-51.
- Hu, Hai (1994), *Dangqian Guangdong nongcun Zhi'an wenti chengyin ji duice (Ursachen und Maßnahmen bezüglich der gegenwärtigen Probleme im Bereich der öffentlichen Sicherheit in den ländlichen Gebieten der Provinz Guangdong)*, in: *Zhengfa Xuekan (Zeitschrift für Politik und Recht)*, 2, S. 1-2.
- Hughes, Christopher/Wacker, Gudrun (2003), eds., *China and the Internet: Politics of the Digital Leap Forward*, London, New York.
- Huntington, Samuel/Nelson, Joan M. (1976), *No Easy Choice. Political Participation in Developing Countries*, Cambridge/Mass., London.
- Kalathil, Shanthi (2003), *The Internet and Civil Society in China and Southeast Asia*, in: Zhang/Woesler, S. 31-46.

- Karklins, Rasma (1986), Soviet Elections: Voter Abstention in Noncompetitive Voting, in: *American Political Science Review*, vol. 80 (2), June, S. 449-469.
- Kluver, Randolph (2003), The Internet in China, in: *IIAS Newsletter* 33, S. 6
- Kluver, Randy (1999), ed., *Civic Discourse, Civil Society and Chinese Communities*, Stamford.
- Kößler, Reinhart (1994), *Postkoloniale Staaten. Elemente eines Bezugsrahmens*, Hamburg.
- Lampton, David M. (1992), A Plum for a Peach: Bargaining, Interest, and Bureaucratic Politics in China, in: Liebertal, Kenneth/Lampton, D.M., eds., *Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China*, Berkeley et al., S. 33-58
- Li Fan (2002), Hrsg., *Zhongguo jiceng minzhu fazhan baogao 2000-2001* (Bericht über die Entwicklung der Basisdemokratie in China 2000-2001), Beijing.
- Li Xueping/Chen Weidong (2002), *Jinnian lai chengshi shequ minzhu jianshe fazhan baogao* (Bericht über die Entwicklung des Aufbaus der urbanen shequ-Demokratie seit diesem Jahr), in: Li Fan, S. 310-337.
- Marshall, T.H. (1976), *Class, Citizenship, and Social Development*, Westport.
- McCormick, Barret I./Su Shaozhi/Xiao Xiaoming (1992), The 1989 Democracy Movement: A Review of the Prospects of Civil Society in China, in: *Pacific Affairs*, 2, S. 182-202.
- Merkel, Wolfgang/Lauth, Hans-Joachim (1997), Hg., *Zivilgesellschaft und Transformation*, Mainz.
- Mutz, Gerd/Ouan, Nina (2004), *Dokumentation des Fachgesprächs Zivilgesellschaften in Südostasien. Perspektiven des sozialen Wandels. 5. und 6.2.2004*, Bonn (durchgeführt vom Münchener Institut für Sozialforschung und der Heinrich Böll Stiftung): 6.
- O'Brien, Kevin (2001), Villagers, Elections, and Citizenship in Contemporary China, in: *Modern China*, 4, S. 407-435.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe/Whitehead, Laurence (1986), eds., *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore, London.
- Pei Minxin (1997), "Creeping" Democratization in China, in: Diamond, Larry/Plattner, Marc F./Chu, Yunhan/Tien, Hung-mao, eds., *Consolidating the Third Wave Democracies: Regional Challenges*, Baltimore et al, S. 213-227.
- Peng, Xianggang/Wang Zhiqiang (1998), *Cunmin zizhi jizhong guanxi de fenxi* (Analyse der mehrschichtigen Beziehungen in der Dorfautonomie), in: *Xingzheng Yu Fa* (Verwaltung und Recht), 1, S. 17-18.
- Przeworski, Adam/Limongi, Fernando (1997), *Modernization: Theories and Facts*, in: *World Politics*, vol. 49, No. 2, S. 155-183.
- Ran Wanxiang (1989), *Liyong chuantong, zouchu chuantong. Guanyu nongcun cunji zuzhi jianshe de sikao* (Die Tradition nutzen, den Weg der Tradition gehen. Überlegungen zum Aufbau der ländlichen Dorforganisation), in: *Qiushi* 10, S. 34-38.
- Rose, Richard/Mossawir, Harve (1967), *Voting and Elections: A Functional Analysis*, in: *Political Studies* 15, S. 173-201.
- Rowe, William T. (1990), The public sphere in modern China, in: *Modern China* Vol. 16, Nr. 3, S. 309-329.
- Saco, Diana (2002), *Cybering Democracy: Public Space and the Internet*, Minneapolis.
- Saich, Tony (2000), *Negotiating the State: The Development of Social Organizations in China*, in: *The China Quarterly*, No. 161, 2000, S. 124-141.
- Sausmikat, Nora (2003), *Die Bedeutung von Civil Society und NGOs in der V.R. China*, Focus Asien No. 11, Essen (Asia Foundation), S. 5-10.
- Sausmikat, Nora (2001), *NGO, Frauen und China*, in: *ASIEN* Nr. 80, S. 81-92.
- Sausmikat, Nora (1995), *Nichtstaatliche Frauenforschung in der V.R. China. Li Xiaojiang und ihr Konzept einer feministischen Wissenschaft*, Münster.
- Schade, Jeannette (2002), *'Zivilgesellschaft' – eine vielschichtige Debatte*, INEF-Report Nr. 59, Duisburg.
- Schmitter, Philippe C. (1997), *Civil Society East and West*, in: Diamond, Larry/Plattner, Marc F. et al., eds., *Consolidating the Third Wave Democracies*, Baltimore, London, S. 239-262.
- Shi Xianmin (1992), *Beijing shi getihu de fazhan licheng ji leibie fenhua* (Entwicklungsprozess und Differenzierung der Individualhaushalte in der Stadt Beijing), in: *Zhongguo Shehui Kexue*, 5, S. 19-38.
- Solinger, Dorothy J. (1999), *Contesting Citizenship in Urban China*, Berkeley, Los Angeles, London.
- Stone, Diana /Denham, Andrew/Garnett, Mark (1998), Hg., *Think tanks across the nations, A comparative approach*, Manchester.
- Sztompka, Piotr (1993), *Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 2, S. 85-95.
- The Democracy Forum for East Asia, *The Role of Civil Society in Promoting Democracy in East Asia*, Session I-IV, Bangkok 2000, National Endowment of Democracy ([www.ned.org/asia/october00/html](http://www.ned.org/asia/october00/html), aufgerufen 7.11.2001).
- Tsui, Lokman (2003), *The Panopticum as the Antithesis of a Space of Freedom: Control and Regulation of the Internet in China*, in: *China Information*, No. 2, S. 65-82.
- Vobruba, Georg (1994), *Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen*, Wien.



- Wang Bangzuo (2003), Juweihui yu shequ zhili. Chengshi shequ jumin weiyuanhui zuzhi yanjiu (Einwohnerkomitees und Governance in Nachbarschaftsvierteln. Studien zur Organisation der Einwohnerkomitees in städtischen Shequs), Shanghai (Renmin chubanshe).
- Wang, Shaoguang (2002), Jinqian yu zizhu. Shimin shehui mianlin de liang nan jingdi (Finanzen und Autonomie. Die Zivilgesellschaft im Angesicht zweier schwieriger Umstände), in: Shehuixue Yuekan (Monatsheft Soziologie), Nr. 11, S. 37-48.
- Wang, Ying/She, Xiaoye/Sun Bingyao (1993), Shehui Zhongjianceng – gaige yu Zhongguo shetuan zuzhi (Gesellschaftliche Mittler – Reform und Chinas gesellschaftliche Vereinigungen), Beijing.
- Weber, Ian/Li Jia (2003=), Handing over China's Internet to the Corporations, in: IIAS Newsletter 33, S. 9.
- White, Gordon (1993), Prospects for Civil Society in China: A Case Study of Xiaoshan City, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, 29, S. 63-88.
- Woesler, Martin (2000), Das Internet und die Menschenrechte in China, in: Brunkhorst, Hauke/Kettner, Matthias, Hg., Globalisierung und Demokratie, Frankfurt/M., S. 310-329.
- Wu Qiang (2004), From virtual community to real society: An online interrogation of eforum-based civic associations in China (unveröffentlichtes Manuskript).
- Xie Lihua/Han Cun (2002), Cry of the silent-letters from rural women, Guiyang: Rural women knowing all.
- Xie Zexian (2003), Xingzhenghua quxiang, fazhan shequ zhiyuan fuwu de zhuyao zhangai (Tendenz zur Verwaltisierung: wichtiges Hindernis für die Entwicklung freiwilliger Dienstleistungen in Shequs), in: Shehui (Gesellschaft) 1, S. 4-8.
- Yang Guobin (2003a), The Internet and Civil Society in China: a Preliminary Assessment, in: Journal of Contemporary China, 12, S. 453-475.
- Yang Guobin (2003b), Mingling Politics with Play. The Virtual Chinese Public Sphere, in: IIAS Newsletter 33, S. 7.
- Young, Nick, A Million flowers bloom; one is weeded out, in: ChinaBrief Vol. II, No. 4, 1999/2000, S. 11-18.
- Yu Keping (2003), The Emerging of China's Civil Society and its Significance for Governance, Essen (Asia Foundation).
- Yu Keping (2002) (Hg.), Innovations and excellence in local Chinese Governance (Zhongguo defang zhengfu chuanxin), Peking.
- Zhang Junhua/Woesler, Martin (2003), eds., China's Digital Dream. The Impact of the Internet on Chinese Society, 2. Aufl., Bochum et al.
- Zhao Suisheng (2000), ed., China and Democracy, Reconsidering the Prospects for a democratic China, New York/ London.

Thomas Heberer, Dr. rer. pol., ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Ostasien am Institut für Politikwissenschaft und am Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen.

Nora Sausmikat, Dr. phil., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft und am Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen.

**Duisburger Arbeitspapiere  
Ostasienwissenschaften**

Seit Juli 1995 publiziert das Institut für Ostasienwissenschaften eine eigene Reihe von Arbeitspapieren. Sie werden in begrenzter Zahl kostenlos abgegeben. Mit \* gekennzeichnete Papiere sind zudem über Internet abrufbar.

**Bestelladresse / procurement address**

Institut für Ostasienwissenschaften  
Gerhard-Mercator-Universität Duisburg  
47048 Duisburg  
e-mail: oawiss@uni-duisburg.de

**Duisburg Working Papers on East  
Asian Studies**

Since July, 1995, the Institute of East Asian Studies publishes its own series of working papers which are available free of charge. Papers marked \* can be called up on the Internet.

**Internet download**

<http://www.uni-duisburg.de/institute/oawiss/publikationen>

- No. 45/ 2002\* Thomas Heberer, Markus Taube  
China, the European Union and the United States of America: Partners or Competitors
- No. 46/ 2002\* Thomas Heberer  
Strategische Gruppen und Staatskapazität: Das Beispiel der Privatunternehmer
- No. 47 / 2002\* Ulrich Zur-Lienen  
Singapurs Strategie zur Integration seiner multi-ethnischen Bevölkerung: Was sich begegnet gleicht sich an
- No. 48 / 2003\* Institute for East Asian Studies (Hg.)  
Overview of East Asian Studies in Central and Eastern Europe
- No. 49 / 2003\* Werner Pascha, Cornelia Storz (Hg.)  
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft III  
Themenschwerpunkt: Institutionenökonomik und Japanstudien
- No. 50 / 2003\* Kotaro Oshige  
Arbeitsmarktstruktur und industrielle Beziehungen in Japan  
Eine Bestandsaufnahme mit Thesen zur Zukunftsentwicklung
- No. 51 / 2003\* Markus Taube  
Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft  
Triebkräfte und Widerstände  
Auf dem Weg zu einem „Global Player“

- No. 52 / 2003\* Claudia Derichs und Wolfram Schaffar (Hg.)  
Task Force – Interessen, Machtstrukturen und internationale Regime. Die  
WTO-Verhandlungen zum GATS (Dienstleistungsabkommen) und sein  
Einfluss auf Asien
- No. 53 / 2003\* Hermann Halbeisen  
Taiwan's Domestic Politics  
since the Presidential Elections 2000
- No. 54 / 2004\* Thomas Heberer  
Ethnic Entrepreneurs as Agents of Social Change -  
Entrepreneurs, clans, social obligations and  
ethnic resources: the case of the Liangshan Yi in Sichuan
- No. 55 / 2004\* Werner Pascha, Cornelia Storz  
Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft IV  
Themenschwerpunkt: Wahrnehmung, Institutionenökonomik und Japanstu-  
dien
- No. 56 / 2004\* Anja D. Senz  
Wählen zwischen Recht und Pflicht – Ergebnisse eine Exkursion der Ost-  
asienwissenschaften in die Provinz Sichuan / VR China
- No. 57 / 2004\* Dorit Lehrack  
NGO im heutigen China – Aufgaben, Rolle und Selbstverständnis
- No. 58 / 2004\* Li Minghuan  
Labour Brokerage in China Today: Formal and Informal Dimensions
- No. 59 / 2004\* Christian Göbel, Anja-Desiree Senz (eds.)  
Come by the Wind. Li Fan's Story in Bunyun Election.
- No. 60 / 2004\* Thomas Heberer, Anja-Desiree Senz (eds.)  
Feldforschung in Asien. Erlebnisse und Ergebnisse aus der Sicht politikwis-  
senschaftlicher Ostasienforschung
- No. 61 / 2004\* Thomas Heberer, Nora Sausmikat  
Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus?